

Afghanistan

- aktuelle Texte aus der Friedensbewegung -

Inhalt

Seite 2 - 4

Aufruf zur Demonstration am 15. September 2007 in Berlin und Liste der Unterzeichner/innen

Seite 5 - 9

Gestorben wird heute - Warum es keine Alternative zum Rückzug aus Afghanistan gibt von Peter Strutynski (Bundesausschuss Friedensratschlag)

Seite 10 - 19

Die NATO in Afghanistan: Vom Nation Building zur globalen Aufstandsbekämpfung von Jürgen Wagner (IMI)

weiterführend:

Seite 20 - 24

Effektiver Kolonialismus: Das zivil-militärische Besatzungsregime zur Ausbeutung Afghanistans von Claudia Haydt (IMI)

Seite 25 - 35

Demokratiedefizit am Hindukusch? Kein Problem für den Exportweltmeister: Deutschlands Schlüsselrolle in Afghanistan von Kevin Gurka (IMI)

Dokumente:

Seite 36 - 37

Erklärungen vom Deutschen Roten Kreuz und von Caritas international

Seite 38

Bundeswehreinätze in Afghanistan beenden!
Beschluss des Gründungsparteitags der Partei DIE LINKE am 16. Juni 2007



Aufruf zur Demonstration am 15. September 2007 in Berlin

Quelle: www.afghanistandemo.de

Frieden für Afghanistan Keine Verlängerung der Bundeswehreinsätze!

"... dann gibt es nur eins: Sag NEIN!" (Wolfgang Borchert, 1947)

Im September und Oktober steht die Fortsetzung der Beteiligung der Bundeswehr an dem NATO-Krieg "Operation Enduring Freedom" und dem UN-mandatierten ISAF-Einsatz auf der Tagesordnung im Bundestag. Erneut steht die Entscheidung Krieg oder Frieden an. Aus diesem Anlass bekräftigen wir unser entschiedenes NEIN zum Krieg.

Die proklamierten Ziele der Militäreinsätze - Terrorismusbekämpfung sowie Demokratisierung und Wiederaufbau - sind nicht erreicht. Im Gegenteil: Die Lage im Land verschlechtert sich zusehends und in Afghanistan selbst, in Deutschland und weltweit wird der Krieg aus guten Gründen mehrheitlich abgelehnt. Mit dem 2001 von der US-Regierung begonnenen völkerrechtswidrigen "Krieg gegen den Terror" sollen die Einfluss-Sphären der USA und ihrer Verbündeten im Nahen - und Mittleren Osten erweitert werden. Eine Politik zur militärischen Absicherung ökonomischer und geostrategischer Interessen lehnen wir ab. Sie kann nicht zum Frieden führen.

Afghanistan ist heute von demokratischen Verhältnissen weit entfernt. In den meisten Regionen herrschen Warlords und Drogenbarone; Gewalt, Terror und Drogenhandel beherrschen den Alltag. Die Bevölkerung, die immer häufiger Zielscheibe der Angriffe ist, lebt in ständiger Angst und unter unwürdigen sozialen Bedingungen. Durch den Tornado-Einsatz wurde die - seit Anbeginn betriebene - deutsche Kriegsbeteiligung ausgeweitet und die Verquickung von OEF und ISAF fortgeführt. Deutschland beteiligt sich damit an der militärischen Eskalation und nimmt den Tod vieler weiterer Menschen, auch deutscher Soldaten, in Kauf.

An Stelle der von wirtschaftlichen Interessen geleiteten militärischen Machtpolitik müssen Abrüstung, zivile Konfliktregulierung und diplomatische Verhandlungen treten. Nur so können die gewaltigen Probleme gelöst werden.

Der zivile Wiederaufbau in Afghanistan sowie eine humane Entwicklung können überhaupt erst gelingen, wenn der Krieg beendet ist. Was Afghanistan braucht, ist Frieden als Voraussetzung für eine souveräne Demokratie. Die Kriegsschäden müssen durch die Krieg führenden Staaten beseitigt, alle Truppen müssen abgezogen und die somit frei werdenden Mittel für humanitäre Arbeit zur Verbesserung der Lebensbedingungen genutzt werden. Seit 2002 wurden in Afghanistan 85 Mrd. Dollar für Militärmaßnahmen, dagegen nur 7,5 Mrd. Dollar für den zivilen Wiederaufbau eingesetzt.

Die Beendigung der Bundeswehreinsätze kann ein erster Schritt zum Frieden sein. Das würde auch die Bush-Administration unter Druck setzen, die US-Truppen ebenfalls zurückzuziehen.

Wir fordern die Abgeordneten des Deutschen Bundestages auf, einer Mandatsverlängerung nicht zuzustimmen!

Den Aufruf unterstützen folgende Initiativen/Organisationen (Stand: 2. August 2007)

- Abrüstungsinitiative Bremer Kirchengemeinden
- AG Betrieb und Gewerkschaften der LINKEN in Berlin
- AG Friedenspolitik Berlin
- Aktionsbündnis Sozialproteste
- Aktionsgemeinschaft "Flughafen natofrei" - Leipzig /Halle
- Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden e.V. (AGDF)
- Aktionsgemeinschaft Friedenswoche Minden e.V.
- Antifaschistische Arbeitskreis Detmold"
- Antikriegsgruppen "Kein Blut für Öl"
- antimilitaristische gruppe, Münster
- Arbeitskreis Frieden Nordhorn
- Arbeitskreis Ökonomie und Kirche in Berlin
- Arbeitskreises Marburger WissenschaftlerInnen für Friedens- und Abrüstungsforschung
- Attac AG Globalisierung und Krieg
- attac Berlin
- Attac Deutschland
- attac Mannheim
- Attac Regionalgruppe Hochtaunus
- Attac Wiesbaden
- Augsburgere Friedensinitiative (AFI)
- AVANTI - Projekt undogmatische Linke
- BI gegen Fluglärm, Bodenlärm und Umweltverschmutzung, Kaiserslautern
- Bike for Peace and New Energies e.V.
- Bremer Friedensforum
- Bundesausschuss Friedensratschlag
- bundeswehr-wegtreten Köln
- Bürgerinitiative für Frieden und Abrüstung - Märkischer Kreis
- Calwer Friedensforum
- Chemnitzer Friedensgruppen
- Deutsche Friedensgesellschaft (DFG-VK) Ortsgruppe Wiesbaden
- Deutsche Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsdienstgegner-Gruppe Lüdenscheid
- Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK)
- Deutsche Kommunistische Partei-Märkischer Kreis
- Deutscher Friedensrat e.V.
- DFG-VK Gruppe Karlsruhe
- DFG-VK Gruppe Mülheim/Oberhausen/Bottrop
- DGB Chemnitz
- DIDF-Jugend
- DIE LINKE
- Die LINKE Bezirksverband Hamburg Mitte
- Die LINKE Bezirksverband Hamburg Nord
- DIE LINKE Kreisverband Remscheid
- Die LINKE Landesverband Hamburg
- DIE LINKE LV Hamburg
- DIE LINKE NRW
- Die LINKE Rheinsberg
- Die Linke. Heidenheim
- DIE LINKE. Kreisverband Torgau-Oschatz
- DIE LINKE.Berlin
- DIE LINKE.Berlin
- Die Linke.Landesverband Bremen
- DIE LINKE.Sachsen
- DIE LINKE.Sachsen
- Die Linke.SDS
- Die LINKE.Wedding
- DKP Berlin
- DKP Deutsche Kommunistische Partei
- DKP Hamburg
- DKP Rheinland-Westfalen
- Dortmunder Friedensforum
- Duisburger Netzwerk gegen Rechts
- Düsseldorfer Arbeitslosen-Initiative
- dynamik5 Deutschland e.V.
- Erwerbslosen Forum Deutschland
- Essener Friedens-Forum (EFF)
- Feministische Partei DIE FRAUEN
- Forum Friedensethik in der badischen Landeskirche
- Frauen in Schwarz, Hamburg
- Frauen in Schwarz, München
- Frauen wagen Frieden in der Pfalz
- Frauenliste Wiesloch
- freisinger linke
- Friedens AG der Partei Die Linke. Baden-Württemberg
- Friedens- und Zukunftswerkstatt Frankfurt a.M. e.V.
- Friedensbewegung Region Ingolstadt
- Friedensbündnis Braunschweig
- Friedensbündnis Karlsruhe
- Friedensbüro Hannover e.V.
- Friedensforum Duisburg
- friedensgruppe herford
- Friedensgruppe Pinneberg für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung
- Friedensgruppen in Chemnitz
- Friedensinitiative Frankfurt-Rödelheim
- Friedensinitiative Hamburg-Rissen
- Friedensinitiative Landshut
- Friedensinitiative Nottuln
- Friedensinitiative Wilhelmsburg
- Friedensinitiative Wilhelmsburg
- Friedensinitiative Wilmersdorf, Berlin
- Friedenskreis Castrop-Rauxel
- Friedensplenum/Antikriegsbündnis Tübingen e.V.
- Gesellschaft für Bürger- und Menschenrechte
- Gewaltfreie Aktionsgruppe DÜNE - Düsseldorf/Mainz
- Göttinger Friedensbüro
- GRUPPE GUTZEIT
- Hagener Friedenszeichen e.V.
- Hamburger Forum für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung e.V.
- Hannoversche Linke
- Harte Zeiten Hochschulgruppe Hamburg
- Heidelberger Forum gegen Militarismus und Krieg
- Heidelberger Friedensratschlag
- Herner Friedensinitiative
- Hochschulgruppe Die Linke.HU

- humanistisches n.e.t.z. e.V, Köln
- Humanwirtschaftspartei
- HU-Ortsverband Marburg
- IALANA Deutschland
- Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V.
- Initiativ e.V.
- Internationale Liga für Menschenrechte
- IPPNW
- Kasseler Friedensforum
- Klaus der Geiger
- Kommunistische Plattform „Friedrich Engels“ Hamburg/Berlin
- Koo-Gruppe bundesweite Montagsdemo
- Kooperation für den Frieden
- LAG Frieden & Integration Mainz
- Landesverband DIE LINKE Niedersachsen
- Libertad! - Freiheit für alle politischen Gefangenen weltweit
- Linke Zeitung
- Linksjugend [solid]
- Linksjugend [solid] Hannover
- Linksjugend [solid].NRW
- Liste LINKS
- Montagsmahnwache am Brandenburger Tor
- Münchner Bündnis gegen Krieg und Rassismus
- Münchner Friedensbündnis
- Munich American Peace Committee
- Mütter gegen den Krieg Berlin - Brandenburg
- Mütter gegen den Krieg Berlin - Brandenburg
- Naturwissenschaftlerinitiative Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit
- NETZWERK CUBA - informationsbüro - e.V.
- Nord Süd Forum München e.V
- Nürnberger Friedensforum
- Ökumenische Friedensnetz Düsseldorf Christinnen & Christen
- Ökumenisches Netz Rhein Mosel Saar e.V.
- Ökumenisches Zentrum für Umwelt-, Friedens- und Eine-Welt-Arbeit (Berlin)
- Osnabrücker Friedensinitiative (OFRI)
- Ostermarsch Ruhr Komitee
- pax christi
- Potsdamer Friedenskoordination
- Projektgruppe Agenda 2010 von Attac Berlin
- Revolutionärer Freundschaftsbund e. V. (RFB)
- Rostocker Friedensbündnis
- RüstungsInformationsBüro e.V.
- SDAJ
- SDS-Hannover
- [solid] die sozialistische jugend allgäu
- Solidarische Kirche im Rheinland
- Training-Theater-Therapie ACCAdemia
- ÜberPartei Deutschland, ÜPD
- Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten LV Baden-Württemberg
- VVN-BdA Bundesvereinigung
- Wählergemeinschaft Viernheimer Liste/Die Linke
- Wählerinitiative "Detmolder Alternative"
- Waldheim Stuttgart e. V. "Clara Zetkin Haus"
- Wittener Friedensforum

Bundesausschuss Friedensratschlag

<http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Afghanistan/strutynski3.html>

Gestorben wird heute - Warum es keine Alternative zum Rückzug aus Afghanistan gibt

Von Peter Strutynski

Im Herbst 2007 soll im Bundestag zum wiederholten Mal der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan verlängert werden. Die bisherigen Abstimmungen waren ohne besondere Diskussionen und ohne nennenswerten Widerstand über die Bühne gegangen. Eine neue Situation trat erst ein, als im Frühjahr d.J. die Bundesregierung den Afghanistan-Einsatz um die Entsendung von sechs Tornado-Aufklärungsflugzeugen meinte aufstocken zu müssen, angeblich um den Verbündeten NATO-Kräften bei der Identifizierung von feindlichen Taliban-Stellungen behilflich zu sein. Da dieser zusätzliche Einsatz - wohl aus Rücksicht auf die deutliche Ablehnung in der Öffentlichkeit - zunächst nur für ein halbes Jahr bewilligt wurde, steht nun ebenfalls im Herbst auch die Verlängerung dieses Einsatzes an.

Wir haben es also um drei Einsätze zu tun, die wir zunächst auch unterschieden müssen:

(1) Operation Enduring Freedom. Es ist das älteste Mandat, das der Bundestag erteilt hat. Dies geschah in einer denkwürdigen Abstimmung am 16. November 2001, als Bundeskanzler Gerhard Schröder ohne Not den Militäreinsatz am Hindukusch mit der Vertrauensfrage verband, was einmal zur Folge hatte, dass er die acht "Dissidenten" aus den Reihen des grünen Koalitionspartners in die Knie zwang: Die acht entschieden sich zu einer gespaltenen Stimmabgabe: vier stimmten für Schröder (und damit für den Militäreinsatz) und retteten damit den Bestand der Koalition, vier durften ihre Meinung behalten und gegen den Einsatz stimmen. Zum anderen führte die Taktik des Bastakanzlers zu der absurden Situation, dass die Hälfte des Parlaments gezwungen wurde, gegen ihr eigenes Gewissen zu stimmen, denn die damalige Opposition aus CDU/CSU und FDP, die für den Einsatz war, stimmte fast geschlossen dagegen, konnte sie doch nur so zum Ausdruck bringen, dass der Kanzler nicht ihr Vertrauen genoss. Wenn dereinst bei einer Bilanzierung der Parlamentsentscheidungen über Auslandseinsätze diese Abstimmung als die knappste und umstrittenste Entscheidung dargestellt werden sollte, so gilt es diesen Hintergrund zu beachten: Eigentlich waren 98 Prozent der Bundestagsabgeordneten (die Linke bzw. damals die PDS war gerade einmal mit zwei Abgeordneten im Bundestag vertreten) für den Militäreinsatz. Das Mandat selbst hatte zum Ziel, "Führungs- und Ausbildungseinrichtungen von Terroristen auszuschalten, Terroristen zu bekämpfen, gefangen zu nehmen und vor Gericht zu stellen sowie Dritte dauerhaft von der Unterstützung terroristischer Aktivitäten abzuhalten". (Antrag der Bundesregierung, 7. Nov. 2001.)

Die Bundeswehrmission bestand im wesentlichen aus drei Elementen: ABC-Abwehrkräften, (ca. 800 Soldaten; sie standen später, während des Irakkriegs 2003, in Kuwait bereit), Seestreitkräften einschließlich Seeluftstreitkräften (ca. 1.800 Soldaten) sowie rund 100 Soldaten des berühmten Kommandos Spezialkräften (KSK). Als Einsatzgebiete wurden genannt: "das Gebiet gemäß Art. 6 des Nordatlantikvertrags, die arabische Halbinsel, Mittel- und Zentralasien und Nord-Ost-Afrika sowie die angrenzenden Seegebiete. Deutsche Kräfte werden sich an etwaigen Einsätzen gegen den internationalen Terrorismus in anderen Staaten als Afghanistan nur mit Zustimmung der jeweiligen Regierung beteiligen." In der Praxis tut die deutsche Marine ihren Dienst vornehmlich vor den Küsten Ostafrikas (Marine) und in Afghanistan selbst (KSK). Nach

Aussage der Bundesregierung seien aber seit 2005 keine KSK-Einsatzkommandos mehr nach Afghanistan abgeordnet worden.

(2) ISAF. Der Einsatz der Bundeswehr im Rahmen von ISAF (International Security Assistance Force) geht auf die Resolution 1386 (2001) vom 20. Dezember 2001 zurück. Dieser Resolution waren vorausgegangen: einmal der militärische Sieg der Interventions-Militärallianz über das Taliban-Regime in Afghanistan, zum anderen erfolgreiche Verhandlungen in Petersberg/Bonn zur Gründung einer afghanischen Übergangsregierung (als dessen Chef Hamid Karzai vorgesehen war). Ziel des UN-Mandats war es, die afghanische Übergangsregierung beim Erhalt der "Sicherheit in Kabul" und den benachbarten Regionen zu unterstützen, um die Implementierung der in Petersberg/Bonn getroffenen Vereinbarungen abzusichern. Kern dieser Vereinbarung war die Einleitung eines Demokratisierungsprozesses, an dessen Ende eine neue Verfassung für Afghanistan, demokratische Institutionen sowie Rechtsstaatlichkeit stehen sollten. Deutschland beteiligte sich zunächst mit bis zu 1.200 Soldaten an der internationalen Truppe (diese Zahl ist in den folgenden Jahren auf bis zu 3.000 erhöht worden). Entsprechend der regionalen Begrenzung auf die Hauptstadtregion sollten die deutschen Truppen bei der "Aufrechterhaltung der Sicherheit in Kabul und Umgebung" behilflich sein. Diese regionale Begrenzung für ISAF fiel im Jahr 2003 weg; jetzt ging es im Prinzip um die Stabilisierung des eingesetzten Regimes in ganz Afghanistan. Das deutsche Kontingent allerdings blieb auf Kabul sowie die für relativ sicher gehaltene Nordregion beschränkt. Die Bundeswehr beteiligt sich seit 2003 an einem Regionalen Wiederaufbauteam (PRT-Provincial Reconstruction Team) in Kundus, seit 2004 an einem PRT in Feisabad. 2006 übernahm Deutschland das Kommando für den gesamten Bereich Nordafghanistan mit dem operativen Zentrum in Mazar-i-Scharif.

Eine folgenreiche Entwicklung nahm das internationale militärische Engagement 2006, als auch Südafghanistan unter ISAF-Mandat gestellt wurde. Seit Oktober 2006 ist ISAF mit rund 35.000 ausländischen Soldaten in ganz Afghanistan aktiv, während die Operation Enduring Freedom nur noch 12.000 Kämpfer umfasst. Gleichzeitig gab Deutschland dem Druck der NATO nach und akzeptierte mit dem ISAF-Verlängerungsbeschluss des Bundestags im September 2006, dass die Bundeswehr auf Anforderung der NATO "vorübergehend" auch zu Einsätze in Südafghanistan herangezogen werden könne ("bei Bedarf" und "zeitlich und im Umfang begrenzt"). Hinzu kommt die zunehmende Verschmelzung der Aufgaben von ISAF und OEF - beide unter NATO-Kommando -, wozu der Sicherheitsrat mit seiner Resolution 1707 (2006) das Plazet gegeben hatte. Darin wurde die "verstärkte Koordinierung zwischen der ISAF und der Koalition der Operation `Dauerhafte Freiheit`" ausdrücklich begrüßt. Insofern argumentieren der SPD-Außenpolitiker Hans-Ulrich Klose und sein Koalitionskollege von der CSU Karl-Theodor zu Guttenberg vollkommen logisch, wenn sie in einer gemeinsamen Erklärung die Zusammenlegung der beiden Mandate vorschlagen (vgl. FR, 29.06.2007).

(3) Tornado. Der Tornado-Einsatz-Beschluss vom 9. März 2007 ist ebenfalls ISAF zugeordnet. Auch dieser Einsatz ist "von der NATO angefordert" worden, wie die Bundesregierung in ihrem Antrag an den Bundestag schreibt. Sechs bis acht Aufklärungsflugzeuge vom Typ TORNADO RECCE sollen bei der Luftaufklärung und Luftüberwachung "im gesamten ISAF-Verantwortungsbereich eingesetzt werden". Es ist klar, dass die Tornados unmittelbar am Krieg beteiligt sind, indem sie die erforderlichen Daten für die Zielauswahl der Kampfflugzeuge und Bomber liefern. Dies wird in Afghanistan selbstverständlich auch so gesehen, weswegen sich die Ablehnungsfront in der Bevölkerung zunehmend auch gegen deutsche Truppen wendet. Das Attentat vom 19. Mai war ein erster tödlicher Schuss vor den Bug einer Strategie, die sich vollmundig einbildete, mit einer Mischung aus robustem militärischen Eingreifen und ziviler Hilfe die "hearts and minds" der Bevölkerung zu gewinnen.

Die Debatte um den Tornado-Einsatz hat erstmals größere Risse in den etablierten Parteien deutlich gemacht, die sich diesmal sogar in der Bundestagsabstimmung niederschlugen. Noch nie hat es so viele Gegenstimmen zu einem Auslandseinsatz

gegeben wie diesmal (die Abstimmung am 16. November 2001 zählt hier nicht, siehe oben). 157 Abgeordnete stimmten gegen die Regierungsvorlage, 11 enthielten sich. Zusammen macht das - bei 573 abgegebenen Stimmen - 29 Prozent Ablehnung. Hinzu kommt, dass noch nie so viele Nein-Stimmen aus einer Regierungspartei (SPD) zu einem Antrag der eigenen Regierung abgegeben wurden: 69 Abgeordnete! Und die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen präsentierte sich nach langer Zeit wieder gespalten; fast die Hälfte der Abgeordneten stimmte gegen einen Auslandseinsatz. Und immerhin hat sich daraufhin wieder eine innerparteiliche Friedensinitiative gebildet, die den bisherigen Kurs der Fraktion in Sachen Auslandseinsätze verändern möchte.

Es rumort bei Grünen und in der SPD

Für den Herbst ist eine ähnlich lebhaftere Debatte zu erwarten. In der SPD-Fraktion rumort es sichtlich. Selbst der frühere Staatssekretär im Verteidigungsministerium und einer der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Walter Kolbow ließ Ende Juni verlauten, der Bundeswehreininsatz müsse "überprüft" werden, weil die Akzeptanz dafür in der Bevölkerung schwinde. Als Grund nannte Kolbow, bislang immer ein strammer Befürworter von Militäreinsätzen, die steigende Zahl von Zivilpersonen, die im Zuge des Kriegs der Alliierten "zu Schaden gekommen, getötet oder verletzt" worden seien (FR, 29.06.2007). In Erwägung gezogen wird in der Fraktion auch - z.B. von Verteidigungsexperten Rainer Arnold -, den KSK-Einsatz aus dem Enduring-Freedom-Mandat herauszunehmen. Dies könne umso leichter geschehen, als seit zwei Jahren ohnehin keine KSK-Kämpfer mehr nach Afghanistan geschickt worden seien, verkündete Arnold im Rheinischen Merkur. Und bei den Grünen scheint sich eine Kompromissposition herauszuschälen, die zum ISAF-Einsatz ja sagt, der Operation Enduring Freedom aber die Gefolgschaft verweigern will, getreu der Lebenslüge, wonach ISAF den zivilen Aufbau, Enduring Freedom dagegen den reinen Antiterror-Krieg verkörpere. Dass beide Mandate untrennbar miteinander verbunden sind, zeigt neben dem gemeinsamen NATO-Kommando auch der Tornado-Einsatz. Die Abgeordneten, die im März mit guten Argumenten leidenschaftlich die Tornados als kriegsverschärfend abgelehnt haben, werden im Herbst, wenn sie ISAF zustimmen wollen, in eine heikle Lage geraten. Der Tornado-Einsatz wird dann Bestandteil des ISAF-Mandats sein und zusammen mit ihm zur Verlängerung anstehen. Werden dann die Argumente von gestern keine Gültigkeit mehr haben?

Die meisten Abgeordneten von Regierungsfraktionen, Grünen und FDP begründen den Verbleib, teilweise sogar die Aufstockung der ISAF-Truppen mit der Notwendigkeit des Schutzes der zivilen Helfer für den Wiederaufbau des Landes einschließlich der Implementierung demokratischer Strukturen. Sie vergessen dabei, dass wir schon über gewisse Erfahrungen mit dem Demokratie- und Menschenrechtsexport à la Afghanistan verfügen, die man nicht außer Acht lassen darf. Afghanistan ist heute von demokratischen Verhältnissen ähnlich weit entfernt wie vor knapp sechs Jahren. In den meisten Regionen regieren Warlords und Drogenbarone. Die Autorität der afghanischen Regierung reicht kaum über die Grenzen der Hauptstadt Kabul hinaus. Dass gerade in den letzten Monaten Gewalt, Terror und Drogenhandel in Afghanistan so stark zugenommen haben, zeigt die Erfolglosigkeit des ISAF-Einsatzes, dass die Taliban oder mit ihnen konkurrierende Terrororganisationen wieder ihr Haupt erheben, macht das Scheitern der Operation Enduring Freedom offensichtlich. Vielfach ist von der "Irakisierung" Afghanistans die Rede.

Die Lage hat sich verschlechtert

Auch die Menschenrechtssituation hat sich nicht entscheidend verbessert. Wiederholte Berichte von amnesty international und Human Rights Watch zeigen, dass die Sicherheit der Menschen vor kriminellen oder terroristischen Angriffen genauso wenig gestärkt wurde wie die Rechte der Frauen und Mädchen. Die Situation hat sich nach Ansicht der afghanischen Frauenministerin Massouda Jallal (Sept. 2006) in weiten Teilen des Landes sogar noch verschlechtert. Andauernde Enthüllungen über die Misshandlung von

Gefangenen durch US-Truppen tragen ebenfalls nicht dazu bei, in der afghanischen Gesellschaft den Respekt vor der universellen Gültigkeit der Menschenrechte zu erhöhen.

In den letzten Monaten häufen sich darüber hinaus die Vorfälle, bei denen Zivilpersonen, darunter unschuldige Frauen und Kinder im Bombenhagel der alliierten Kampfflugzeuge ums Leben kommen. Ob die deutschen Tornado-Aufklärer wirklich dazu beitragen, militärische von zivilen Zielen zu unterscheiden, können wir hier nicht beantworten. Die Bevölkerung in Afghanistan ist über die Kriegführung jedenfalls so aufgebracht, dass selbst der engste Verbündete der USA, Präsident Hamid Karsai, inzwischen öffentlich die NATO-Truppen kritisiert. "Wir können zivile Opfer und die Art, wie sie ausgelöst werden, nicht mehr hinnehmen", sagte Karsai am 2. Mai nach Gesprächen mit den Verantwortlichen der NATO und der US-geführten Koalition sowie Vertretern der US-Botschaft, der Vereinten Nationen und der Europäischen Union in Kabul. Es werde "ärgerlich" für sein Land. Die Last für Afghanistan sei zu groß, "und wir sind sehr unzufrieden".

Sieht man sich schließlich die eingesetzten Mittel ein, so wird klar, warum der versprochene zivile Wiederaufbau des Landes nicht gelingen kann. Seit 2002 wurden in Afghanistan 85 Mrd. Dollar für Militärmaßnahmen, dagegen nur 7,5 Mrd. Dollar für den zivilen Wiederaufbau eingesetzt. Und auch diese Mittel konzentrierten sich fast ausschließlich auf die Hauptstadt Kabul und vernachlässigten vor allem die Paschtunengebiete. Der Gesamtbetrag für die militärische "Verteidigung" Deutschlands am Hindukusch hat längst die Zwei-Milliarden-Grenze überschritten. Damit gibt Deutschland für einen zweifelhaften Militäreinsatz ein Vielfaches von dem aus, was in dringend notwendige zivile Hilfsprojekte geflossen ist oder noch fließen wird. Die Opiumproduktion steigt mit jedem Jahr Krieg weiter an: Seit 2001 hat sie sich verzehnfacht. Afghanistan ist heute der weltgrößte Rauschgiftproduzent.

Eine Fortsetzung des Krieges - mit noch so verbesserter Ausrüstung und vergrößerter Heeresstärke - wird kein anderes Ergebnis haben als der Krieg der Sowjetarmee in den 80er Jahren: Sie musste - trotz überlegenem Einsatz von modernen Waffen und Luftaufklärung! - sich schließlich geschlagen aus Afghanistan zurückziehen und den Taliban das Feld überlassen. Auf sowjetischer Seite starben 14.000 Soldaten, etwa 100.000 wurden zu Krüppeln.

Kampagne der Friedensbewegung: "Bundeswehr raus aus Afghanistan"

In Afghanistan wird heute gestorben und nicht erst, wenn die "Schutztruppen" abgezogen sind. Der Anschlag auf die Bundeswehrangehörigen am 19. Mai 2007 hat deutlich gemacht, dass Deutschland zunehmend auch die Quittung für seine tiefe Verstrickung in den völkerrechtswidrigen Krieg erhält. Vor dieser Situation die Augen zu verschließen und weiterzumachen wie bisher, ist verantwortungslos und zeugt von einer gefährlichen Ignoranz der politischen Klasse und der ihr nahe stehenden Berater. Es gibt daher keine andere Lösung als dass sich Deutschland so schnell wie möglich aus dem militärischen Teil des Afghanistan-Engagements komplett zurückzieht. Deutschland wäre gut beraten, in den Gebieten, wo dies möglich ist, humanitäre, wirtschaftliche und soziale Projekte einschließlich eines anreizbezogenen Ersatzes von Schlafmohnanbau zu fördern. Eine Aufstockung der Mittel wäre bei gleichzeitigem Herunterfahren des Militäreinsatzes kein Problem.

Die Friedensbewegung kann bei ihrer im Juni gestarteten Kampagne "Bundeswehr raus aus Afghanistan!" auf die Rückendeckung der Mehrheit der Bevölkerung zählen. Gleichzeitig wird sie mit hartem Widerstand der Regierung und mit so manchen Winkelzügen der Fraktionstaktiker zu rechnen haben, die möglicherweise Enduring Freedom opfern, um ein erweitertes ISAF-Mandat zu retten. Ein schneller Triumph der Friedensbewegung und der Vernunft ist aber auch deshalb nicht zu erwarten, weil die Nichtverlängerung des deutschen Truppeneinsatzes den Kriegstanker NATO auf

Schlingenkurs bringen würde. Eine Trübung des deutsch-amerikanischen Verhältnisses wird die politische Klasse in Berlin nicht riskieren □ ganz abgesehen von der Tatsache, dass mit der Aufgabe des Afghanistan-Einsatzes die deutsche Außenpolitik insgesamt in Frage gestellt würde: Das Diktum, Deutschland werde auch am Hindukusch verteidigt, verlöre plötzlich seine Gültigkeit. Die Transformation der Bundeswehr zu einer weltweit einsetzbaren Interventionsarmee geriete in Erklärungsnot.

Man sieht: Aus all diesen Gründen lohnt es noch mehr, den Kampf um die Beendigung des Afghanistan-Einsatzes zu verstärken.

IMI-Studie 2006/07 - in: AUSDRUCK (Oktober 2006)
http://www.imi-online.de/download/Oktober06_JW.pdf

Die NATO in Afghanistan: Vom Nation Building zur globalen Aufstandsbekämpfung

von Jürgen Wagner

Als die NATO im August 2003 das Kommando über die International Security Assistance Force (ISAF) in Afghanistan übernahm, hätte sich zum damaligen Zeitpunkt wohl kaum jemand träumen lassen, dass die Allianz dort in einen umfassenden Guerillakrieg verwickelt werden würde, der immer alptraumhaftere Züge annimmt. Insbesondere seit die ISAF im Juli 2006 ihr Einsatzgebiet auch auf die südlichen Provinzen ausdehnte, finden die gewaltsamen Auseinandersetzungen kein Ende.

Der Einsatz, der formal als "Stabilitätsexport" zur "Friedenssicherung" begann und bei dem Gewalt nur zur Selbstverteidigung angewendet werden durfte, wird mehr und mehr zur offensiven militärischen Aufstandsbekämpfung. Selten wird allerdings erwähnt, dass die ISAF-Mission maßgeblich zur Eskalation beiträgt, indem sie eine quasi-koloniale Besatzungs- und Ausbeutungsstruktur etabliert hat und diese militärisch absichert. Das völlige Versagen - wohl zurecht innerhalb der afghanischen Bevölkerung als Unwillen interpretiert - die katastrophale humanitäre Situation zu verbessern, sondern stattdessen den Interessen westlicher Konzerne und dem militärischen "Kampf gegen den Terror" Priorität einzuräumen, hat zur Folge, dass die Truppe inzwischen völlig diskreditiert ist. Für eine wachsende Zahl der Afghanen sind die ISAF-Soldaten nichts anderes als koloniale Besatzer, weshalb die Bereitschaft wächst, diese militärisch zu bekämpfen. Trotz dieser Situation, die eigentlich nahe legen würde, das bisherige Engagement in Afghanistan grundlegend zu überdenken, passiert derzeit genau das Gegenteil. Die NATO versucht die Kontrolle über immer größere Teile des Landes zu übernehmen und verstrickt sich so zunehmend in kriegerische Auseinandersetzungen.

Konsequenterweise verlängerte der Bundestag am 28. September das Mandat für die Teilnahme deutscher Soldaten am ISAF-Kampfeinsatz um ein weiteres Jahr, das es erlaubt, bis zu 3.000 Soldaten einzusetzen. Augenblicklich befinden sich bereits über 2.800 deutsche Soldaten im Land (Stand 20. September). Derzeit weigert sich die Bundesregierung (noch) umfangreich Truppen in den Süden zu entsenden, wo mit Abstand die schwersten Kämpfe stattfinden. Allerdings deuten die recht deutlich artikulierten Forderungen einiger anderer ISAF-Truppensteller an die Adresse der Bundesregierung darauf hin, sich gefälligst ebenfalls in den militärisch heikelsten Gebieten zu engagieren, dass ein Quantensprung bei der "Verteidigung Deutschlands am Hindukusch" bevorstehen könnte. Umso mehr, da das Bundestagsmandat eine solche Ausweitung explizit ermöglicht, sogar ohne weitere Zustimmung des Parlaments.

Der Afghanistan-Einsatz wird von nahezu allen Teilen der westlichen Eilten als prototypisch für künftige Kriege der Allianz angesehen, ein Scheitern ist aus diesem Grund undenkbar. "Es geht um die Zukunft der Nato. Wenn das Bündnis in Afghanistan scheitert, hat es sein Ansehen verspielt", schreibt das Handelsblatt.[1] "Die NATO-Truppen sind in eine blutige Schlacht mit den Taliban verstrickt, sie kämpfen nicht nur um die Kontrolle des afghanischen Südens, sondern um die zukünftige Existenz des Bündnisses", so die britische Times.[2] Der ehemalige NATO-Oberbefehlshaber Wesley Clark brachte es schließlich auf den Punkt: "Nicht nur Afghanistan, sondern die NATO selbst steht auf dem Spiel." [3] Vor diesem Hintergrund ist inzwischen eine Diskussion um die künftige Ausrichtung der NATO entbrannt. Da es nicht in Frage kommt, die Hauptursachen für Kriege und Konflikte - die rigorose Durchsetzung strategischer und ökonomischer Interessen des Westens - anzugehen, bleibt wenig anderes übrig, als sich auf die langfristige militärische Kontrolle zahlreicher "Problemstaaten" einzustellen. Aus

diesem Grund werden Forderungen immer lauter, die NATO müsse in Richtung einer globalen Besatzungstruppe umstrukturiert werden, da insbesondere das Beispiel Afghanistan zeige, dass diesbezüglich erhebliche Defizite bestünden. Einiges deutet darauf hin, dass dieses Thema bereits auf dem nächsten NATO-Gipfel, der im November in Riga stattfinden wird, prominent diskutiert werden wird.

Phasen der ISAF-Expansion

In Afghanistan operieren derzeit zwei unterschiedliche Kriegseinsätze neben- und zunehmend auch miteinander: einmal die US-geführte Operation Enduring Freedom im Rahmen des "Kriegs gegen den Terror", auf der anderen Seite die ISAF-Mission der NATO, die im Gegensatz zur OEF lange offiziell keine offensiven Kampfeinsätze führen durfte und sich gern als reine "Friedensmission" zur Entwicklungshilfe bezeichnet. Zwar sind OEF und ISAF formal strikt voneinander getrennt, schon aus den jeweiligen Missionsbeschreibungen wird jedoch deutlich, dass dies praktisch unmöglich ist: Laut Bundesregierung hat der "ISAF-Einsatz in Afghanistan unverändert das Ziel, das Land bei der Aufrechterhaltung der Sicherheit so zu unterstützen, dass sowohl die afghanischen Staatsorgane als auch das Personal der Vereinten Nationen und anderes internationales Zivilpersonal, insbesondere solches, das dem Wiederaufbau und humanitären Aufgaben nachgeht, in einem sicheren Umfeld arbeiten können. Hauptauftrag der Operation Enduring Freedom (OEF) in Afghanistan ist dagegen die Bekämpfung verbliebener militärischer oppositioneller Kräfte und noch existierender terroristischer Gruppierungen der Taliban-, Al-Qaida- und Hekmatyar-Anhänger. ISAF und OEF sind getrennte Operationen." [4] Allerdings ist die "Bekämpfung verbliebener militärischer oppositioneller Kräfte" (OEF) von der "Aufrechterhaltung der Sicherheit" (ISAF) spätestens seit der Erweiterung des ISAF-Mandatsgebietes auf ganz Afghanistan nicht mehr zu unterscheiden. [5]

Nachdem der ISAF-Aktionsradius zunächst auf die afghanische Hauptstadt Kabul beschränkt war, ermöglichte die im Oktober 2003 verabschiedete UN-Sicherheitsratsresolution 1510 (Ziffer 1) "die Ausweitung des Mandats der Internationalen Sicherheitsbeistandstruppe, [zur] Aufrechterhaltung der Sicherheit in Gebieten Afghanistans außerhalb Kabuls." Darauf hin wurde der NATO-Aktionsradius in drei Schritten vergrößert. In Phase I, die Ende 2004 abgeschlossen war, wurde das Einflussgebiet auf die nördlichen Provinzen und die dort operierenden "Regionalen Wiederaufbauteams" (PRTs) ausgedehnt. Im folgenden Jahr übernahm die NATO in Phase II die Kontrolle über die Provinzen im Westen des Landes. Doch damit nicht genug: "Im Dezember 2005 beschlossen die NATO-Außenminister den Einsatz in Afghanistan 'auf eine neue Stufe anzuheben.' In zwei Schritten soll das ISAF-Einsatzgebiet auf den Süden (ab Juli 2006) und den Osten des Landes (ab Herbst 2006) ausgedehnt werden – beides Regionen, in denen zuvor vor allem Streitkräfte der Vereinigten Staaten von Amerika als Teil der Operation Enduring Freedom (OEF) agierten." [6]

Mit der "Südausdehnung" der ISAF wurde tatsächlich seit Juli 2006 begonnen, was unmittelbar zu schweren Auseinandersetzungen führte. Seither ist die Truppe praktisch permanent in schwerste Kampfeinsätze verwickelt, so etwa während der Operation "Medusa" Anfang September, bei der nach NATO-Angaben mehr als 500 Afghanen und über zwanzig ISAF-Soldaten ums Leben kamen. [7] Am 28. September beschloss der NATO-Rat zudem endgültig die Ausweitung auf 14 weitere Provinzen im Osten, womit etwa 13.000 bislang der OEF unterstellte Truppen unter NATO-Kommando gelangen. [8]

OEF und ISAF: Zwei Truppen, derselbe Krieg

Spätestens nachdem die NATO auch im Süden operiert, sind OEF und ISAF endgültig nicht mehr voneinander zu unterscheiden, worauf seit längerem hingewiesen wurde. So

schrieb Christian Schmidt, parlamentarischer Staatssekretär im Verteidigungsministerium, bereits vor einiger Zeit: "Wer weiter auf einer strikten Trennung beharrt, übersieht, dass bei einer Ausdehnung von ISAF auf ganz Afghanistan sich schon zwangsläufig ISAF und OEF als parallele Einsätze eng abstimmen müssen." [9] Im Juli 2006 bestätigte der kürzlich verabschiedete Zivile Repräsentant der NATO in Afghanistan, Hikmet Çetin, zwischen OEF und ISAF komme es mit Phase III der NATO-Expansion zwangsläufig zu einer "schrittweisen Verschmelzung einiger Funktionen." [11] Wie künstlich die Trennung zwischen OEF und ISAF ist, zeigt wiederum die Stellungnahme der Bundesregierung: "Eine Teilnahme an den Einsätzen der OEF zur Bekämpfung von Terroristen ist unter dem ISAF-Mandat nicht zulässig. Das Recht zur Nothilfe und zur kollektiven Selbstverteidigung ist hiervon nicht berührt." [12] Da die NATO sich mitten in ein Kriegsgebiet ausdehnt, wird "Terrorbekämpfung" und "Selbstverteidigung" zu ein und demselben Vorgang.

Zwar betont die Bundesregierung weiterhin, "die operative und die Mandatstrennung zwischen ISAF und OEF bestehen unverändert fort", angesichts der Realitäten vor Ort, dürfte diese Aussage aber wohl eher ein Lippenbekenntnis darstellen, um den Anschein einer "Friedens- und Stabilisierungsmission" mühsam aufrecht erhalten zu können. [13] Bereits heute arbeiten ISAF und OEF eng zusammen, sowohl auf Kommandoebene, über den mit "Doppelhut" fungierenden US-Militär Benjamin C. Freakley, der sowohl für ISAF-Operationen, als auch für die der OEF in den östlichen Provinzen zuständig ist, als auch konkret bspws. mittels OEF-Luftunterstützung. [14] Summa summarum: "Die jüngsten Aktivitäten der NATO-ISAF im südlichen Afghanistan deuten darauf hin, dass de facto eine Fusion der NATO-geführten ISAF-Truppen mit Operation Enduring Freedom stattgefunden hat." [15] Diese ganze Veränderung des Einsatzprofils ist die militärische Reaktion auf die Tatsache, dass das Land offensichtlich der westlichen Kontrolle zu entgleiten droht.

ISAF-NATO: Vom "Stabilitätsexport" zur Aufstandsbekämpfung

Man ist ja vom derzeitigen Präsidenten der Vereinigten Staaten einiges gewohnt. Aber es hatte doch etwas gespenstisches, als sich George W. Bush bei seiner Rede vor der UNO-Vollversammlung Ende September hinstellte und allen Ernstes die Weltgemeinschaft zur "Verteidigung der Zivilisation" aufrief. Dies sei der "Auftrag unserer Generation", da sich die Welt in einem "großen ideologischen Kampf" befinde. Als Lichtblicke für die "strahlende Zukunft", die Fuß zu fassen beginne, nannte er ausgerechnet Afghanistan und den Irak. [16]

So ganz ist aber nicht einmal Bushs Außenministerin Condoleezza Rice von dieser "strahlenden Zukunft" überzeugt. Sie warnte unlängst vor einem Scheitern in Afghanistan und gab an, die Lage sei wegen der zunehmenden Gewalt "sehr schwierig." [17] Und in der Tat, "schwierig" ist eine geradezu milde Formulierung. Deutlicher wurde ex-NATO-Oberbefehlshaber Wesley Clark: "Wir sind nicht dabei, zu gewinnen." [18] Auch der britische Verteidigungsminister Dan Browne musste einräumen, der massive Widerstand im Süden habe ihn überrascht und binde "mehr unserer Anstrengungen, als wir erwartet hatten." [19]

Das Auswärtige Amt malt ebenfalls ein düsteres Bild: "Die Sicherheitslage insbesondere im Süden und Südosten Afghanistans hat sich seit Ende 2005 verschärft und muss als kritisch betrachtet werden." [20] Zudem betont die Bundesregierung, dass es sich hierbei keineswegs um kurzfristige "Turbulenzen" handelt, sondern um ein lang anhaltendes Kriegsszenario: "Im Süden und Osten Afghanistans sieht die Bundesregierung keine Anzeichen einer kurzfristigen Lageverbesserung." [21] Tatsächlich scheint die Situation in Afghanistan derzeit völlig zu eskalieren, wie der Vorsitzende des Deutschen Bundeswehrverbandes, Bernhard Gertz, offen einräumt: "Wir haben uns getäuscht in der Resonanz unserer Bemühungen. [Offenbar] ist die Annahme, die Masse der Bevölkerung stünde hinter Präsident Hamid Karsai und den Isaf-Truppen, nicht ganz zutreffend. Es sind nicht nur wenige entschlossene Terroristen, die uns bedrohen. Viele Afghanen

stehen als Unterstützer zur Verfügung." [22]

Allein von Januar bis Mitte September sind 158 OEF- und ISAF-Soldaten und mehr als 1.500 Afghanen bei Auseinandersetzungen ums Leben gekommen, ein deutlicher Anstieg zum Vorjahr. Insgesamt ist die Zahl der Anschläge und bewaffneten Auseinandersetzungen von monatlich 5 im Jahr 2002 über 25 (Mitte 2005) auf mehr als 100 im Juli 2006 dramatisch angestiegen. Dabei zeigt sich, dass die NATO mit immer größeren Gruppen zusammenstößt, deren Bewaffnung und Organisationsgrad sich ständig verbessert. [23]

Angesichts dieser Eskalation hat die ISAF nun ihre Einsatzregeln (rules of engagement), die die Kriterien für die Anwendung bewaffneter Gewalt vorgeben, geändert. Zwar sind diese offiziell nicht bekannt, allerdings scheint es so zu sein - zumindest folgt man den Klagen der Krieg führenden - dass offensiven Aktionen lange enge Grenzen gesetzt waren. Obwohl die Kampfpraxis ohnehin schon länger anders aussieht, scheint dem nun wohl auch offiziell Rechnung getragen worden zu sein, wie eine NATO-Pressekonferenz Anfang Februar belegt: "Das Mandat der ISAF ist es, ein sicheres Umfeld zu garantieren. [...] Das ist der Grund, weshalb unsere Kommandeure diese neuen robusten Einsatzregeln erhalten, um damit präemptive Operationen gegen mögliche Gefahren für unsere Truppen oder die afghanische Bevölkerung durchzuführen. Um es zusammenzufassen: Robustere Einsatzregeln." [24] Solch ein Einsatzprofil hat jedoch mit einer "Wiederaufbaumission" nichts mehr zu tun.

Auch in der Bundeswehr beklagte man sich lautstark. Angesichts der heftigen Auseinandersetzungen und der formalen Vorgabe sich defensiv zu verhalten, sagte der ISAF-Sprecher für die Nordregion, Oberstleutnant Markus Werther: "Es wäre angemessen, den Auftrag zu transformieren und zu reformieren." Gleichzeitig machte er deutlich, dass "Stabilitätsexport" im NATO-Stil nicht ohne Krieg zu haben ist: "Der Gedanke, wir machen in Afghanistan nur Wiederaufbau und sonst nichts, kann nicht funktionieren, da werden wir an die Wand gedrückt." Folglich gehe es darum, so Werthers Schlussfolgerung, die Einsatzregeln hin zur offensiven Kriegsführung zu modifizieren. [25] Da sogar im vergleichsweise ruhigen Norden, wo sich die Bundeswehreinheiten aufhalten, die Lage immer gefährlicher wird, zog das Verteidigungsministerium die Notbremse: Zur "Erhöhung des Schutzes, der Durchhaltefähigkeit sowie der Effektivität" des deutschen ISAF-Kontingentes erlies der "Führungsstab Streitkräfte" am 15. September eine Weisung, die u.a. die Bereitstellung einer "gepanzerten Reserve" (Schützenpanzer MARDER 1A5) zum besseren Schutz der Soldaten vor Anschlägen anordnet. Insbesondere werden dort neue Einsatzregeln zur "Erhöhung der Handlungsfreiheit der Führer vor Ort" ausgegeben, um aktiv gegen "gewaltbereite Kräfte" vorgehen zu können. In Ziffer 7 des Erlasses wird unter dem Titel "Rechtliche Rahmenbedingungen" daran erinnert, dass der Einsatz militärischer Gewalt bereits dann abgedeckt sei, "wenn ein Angriff unmittelbar bevorsteht." [26]

Von der angeblichen "Friedens- und Stabilisierungsmission", dem "Wiederaufbau" usw. ist nicht mehr viel übrig geblieben. Der UN-Sonderbeauftragte für Afghanistan, Tom Koenigs, gibt an, die NATO sei in einen regelrechten "Aufstand" verwickelt. Diesen niederzuschlagen scheint inzwischen die zentrale Aufgabe der ISAF zu sein, von einer "Friedensmission" ist keine Rede mehr, wie NATO-Kommandeur James Jones verdeutlicht: "Die NATO wird auch weiterhin jede nötige Gewalt einsetzen, um die Aufständischen zu schlagen." [27]

Dass die NATO inzwischen in einen regelrechten Krieg verwickelt ist, hängt mit der irrigen Annahme zusammen, man übernehme "Stabilisierungsaufgaben", nachdem zuvor die jeweilige Region von der OEF militärisch "befriedet" wurde: "Die Ausweitung der NATO-ISAF auf Gebiete außerhalb Kabuls basierte ursprünglich auf der Voraussetzung, dass die US-geführte Operation Enduring Freedom den Weg für eine NATO-ISAF Stabilisierungs- und Peacekeeping-Mission zum Wiederaufbau und für ökonomische Entwicklung geebnet hat." [28]

Da die OEF hierzu aber keineswegs in der Lage war, ging mit der Ausweitung der ISAF-Mission auch eine dramatische Verschiebung des Aufgabenspektrums einher: "NATO-ISAF wurde ursprünglich als eine Friedenssichernde Mission zur Stabilisierung eines begrenzten Gebietes um Kabul eingerichtet. Nach nunmehr fünf Jahren operiert die NATO-kontrollierte ISAF in allen afghanischen Provinzen außer denen, die sich im östlichen Teil des Landes befinden. Seit der Übernahme der Kontrolle über die südlichen Provinzen im Juli 2006 ist die NATO aktiv in Kämpfe mit Aufständischen verwickelt." [29]

Angesichts der zunehmend erodierenden Situation im Lande macht sich deshalb bei den US-amerikanischen Verbündeten aufgrund der - sonst selten gesehenen - Bereitschaft Washingtons, der NATO das Feld zu überlassen, der Verdacht breit, die US-Regierung wolle sich, nachdem es den Schlamassel angerichtet habe, sukzessive zurückziehen. So beklagt sich das Handelsblatt: "In Afghanistan hat nach dem 11. September 2001 der amerikanische 'Krieg gegen den Terror' begonnen. Es darf nicht sein, dass sich die Amerikaner nun immer mehr zurückziehen und ihren Verbündeten die Schmutzarbeit überlassen." [30] Ähnlichen Vorwürfen sieht sich jedoch auch die Bundesregierung ausgesetzt.

Deutschland: Kampfeinsätze im Süden?

Gerne wird von deutscher Seite die "Vorreiterrolle" beim zivilen Wiederaufbau und die Führungsfunktion im Norden hervorgehoben: "Durch die Übernahme des Regionalkommandos Nord in Mazar-e Sharif und damit der internationalen militärischen Verantwortung für die gesamte Nordregion leisten die deutschen Streitkräfte einen wesentlichen und wichtigen Beitrag zum ISAF-Auftrag für ganz Afghanistan." [31]

Allerdings sehen dies die Verbündeten völlig anders: "Der Norden, wo die Bundeswehr stationiert ist, ist verhältnismäßig ruhig. Im Süden dagegen tobt der Kampf gegen die Taliban. Seit Wochen versucht die Nato mit massiven Kampfeinsätzen die Situation dort unter Kontrolle zu bekommen. Hunderte Taliban-Kämpfer wurden getötet, unter den Todesopfern sind aber zunehmend auch Nato-Soldaten, vor allem britische und kanadische." [31] Noch deutlicher wird das Handelsblatt: "Noch wagt es niemand, das offen auszusprechen. [...] Im Süden des Landes ist der Krieg gegen die Taliban voll entbrannt. Da ist es nur eine Frage der Zeit, wann Scheffer und Jones ihre diplomatische Zurückhaltung aufgeben und noch mehr Einsatz fordern – auch und gerade von Deutschland. Denn bei Nato-Partnern wie Großbritannien oder den Niederlanden wächst der Unmut darüber, dass die Deutschen sich weigern, in gefährlichere Gebiete vorzurücken. [...] Am Nato-Sitz Brüssel macht bereits das böse Wort von der Schönwetter-Armee die Runde." [32] Auch Victoria Nuland, US-Botschafterin bei der NATO, fordert dazu auf, sich im Süden zu engagieren: "Wir bitten alle Nationen, ihre Soldaten dort einzusetzen, wo sie gebraucht werden und die Einsatzbeschränkungen aufzuheben, die dafür sorgen, dass sie nicht im Süden eingesetzt werden können." Ebenso kritisierte NATO-Oberbefehlshaber James Jones, es gebe "ein ernsthaftes Problem mit den Einsatzbeschränkungen in Afghanistan." [33] Der Unmut ist inzwischen so groß, dass zunehmend Klartext geredet wird: "Ich kann es nicht mehr hören, dass die Bundeswehr in Afghanistan ist", zitiert die Welt einen britischen Offizier. "Entscheidend ist doch wohl, dass die Deutschen nicht dort sind, wo sie gebraucht werden." [34] Am direktesten äußerte sich UN-Botschafter Koenigs: "Deutschland muss unter Umständen in Kauf nehmen, auch in den Süden Afghanistans zu gehen." [35]

Zwar will die Bundesregierung offiziell (noch) nichts von einem umfangreichen Einsatz im Süden wissen, doch der Druck steigt derzeit massiv an. Die Möglichkeit, dass sich deutsche Truppen in großer Zahl - das Kommando Spezialkräfte operiert nach Medienberichten bereits seit längerem wieder in den am heftigsten umkämpften Regionen - [36] inmitten schwerster Kampfhandlungen wiederfinden werden, ist also gegeben. Dies ist umso wahrscheinlicher, da der Bundestagsbeschluss zur Verlängerung

des deutschen ISAF-Beitrags keineswegs auf die Nordregion beschränkt ist: "Darüber hinaus sind das deutsche ISAF-Kontingent, deutsche Soldaten in NATO-Stäben wie auch deutsche Anteile an NATO-Verbänden (z.B. NATO-Fernmeldebataillone) in der Lage, bei Bedarf neben dem operativen Schwerpunkt ISAF-Nordregion die ISAF-Operation zeitlich und im Umfang begrenzt in anderen Regionen zu unterstützen, sofern dies zur Erfüllung des ISAF-Gesamtauftrages unabweisbar ist." [37] Zwar ist von einem "begrenzten Umfang" die Rede, die Formulierung ist aber derart schwammig, dass das Mandat durchaus umfassende Kampfeinsätze ermöglichen würde: "Damit hat das ISAF-Kommando weitgehend freie Hand. Das deutsche Mandat schreibt keine erneute Anhörung des Parlaments vor, sollten solche Unterstützungsmaßnahmen nötig werden. ISAF-Kommandeur David Richards hat bereits erklärt, er habe die Freiheit, die 18.000 ISAF-Soldaten dort einzusetzen, wo es militärisch Sinn macht. Dazu hätten sich die Truppensteller bereit erklärt." [38]

Die traurige Praxis des "Stabilitätsexports"

Eine Studie mit dem viel sagenden Titel "Afghanisan Inc." der Afghanin Fariba Nawa, beschreibt den neoliberal ausgerichteten "Wiederaufbau" ihres Landes: "Die Afghanen verlieren das Vertrauen in die Entwicklungsexperten, deren Aufgabe der Wiederaufbau des Landes ist. [...] Was die Menschen sehen, sind eine Hand voll ausländischer Firmen, die Prioritäten für den Wiederaufbau setzen, die sie reich machen, sich aber teilweise auf absurde Weise gegenüber dem, was notwendig ist, als kontraproduktiv erweisen." [39] Was vollmundig als "Stabilitätsexport" angepriesen wird, erweist sich in der Praxis vielmehr als rigoroses Durchsetzen eigener Interessen durch die westlichen Besatzungsmächte: "Es liegt der Verdacht nahe, dass es hier nicht um state-building im Interesse der afghanischen Bevölkerung geht, sondern eher um institution-building zur Absicherung der Interessen ausländischer Investoren." [40]

Während westliche Konzerne in die eigenen Taschen wirtschaften und die ISAF-Truppen im Land Krieg führen, stirbt die Bevölkerung gleichzeitig an Krankheit und Unterernährung. Über 70% der Afghanen sind chronisch unterernährt, besonders im Süden des Landes. Ein Viertel hat keinen Zugang zu Trinkwasser, nur 10 Prozent verfügen über elektrischen Strom. [41] Während für militärische Ausgaben im Zeitraum von 2002 bis 2006 gigantische 82.5 Mrd. Dollar bezahlt wurden, belief sich die Entwicklungshilfe im selben Zeitraum auf jämmerliche 7.3 Mrd., ein Betrag, der bei weitem nicht ausreicht, um die erdrückende Not auch nur ansatzweise zu lindern. Umso schlimmer, dass selbst diese niedrige Zahl sogar noch deutlich zu hoch angesetzt ist, denn "ein großer Teil der Entwicklungshilfe wird tatsächlich für Sicherheitsbelange wie den Aufbau der afghanischen Armee- und Polizeitruppen ausgegeben, anstatt für dringende Ernährungs- und Gesundheitsprogramme zugunsten der lokalen Bevölkerung." [42] Insgesamt beläuft sich die derart zweckentfremdete Entwicklungshilfe auf mindestens 2.2 Mrd. Dollar, während die internationale Gemeinschaft lediglich 433 Mio. Dollar für Gesundheits- und Ernährungsprogramme ausgibt - allein die militärischen Kosten für die einjährige Verlängerung des deutschen ISAF-Einsatzes belaufen sich auf 460 Mio. Euro. [43] Zudem häufen sich Berichte, dass damit gedroht wird, humanitäre Hilfe zu entziehen, falls die jeweilige Bevölkerung vor Ort nicht adäquat mit den Besatzungstruppen kooperiert. [44] "Dieser Fokus auf sicherheitsbezogene Ausgaben zeigt, dass direkt seit 2001 die Prioritäten der US-geführten internationalen Gemeinschaft nicht mit denen der afghanischen Bevölkerung übereinstimmen." [45]

Hier liegt der eigentliche Grund für den wachsenden Widerstand im Land: "Weil der Armutsbekämpfung keine Priorität eingeräumt wurde, kollabiert der Demokratisierungsversuch während die Afghanen verhungern." [46] Auf der Basis umfassender Feldforschung kommt der Senlis Council, ein Think Tank, der sich auf Afghanistan spezialisiert hat, zu dem Ergebnis, der wachsende Widerstand und die völlige Diskreditierung der westlichen Besatzungsmächte, hänge elementar damit zusammen, dass sich die humanitäre Situation seit 2001 massiv verschlechtert habe. Exemplarisch

für viele in der Senlis-Studie zitierten Afghanen ist die Aussage eines Polizeikommandeurs aus Kandahar: "Die Ausländer kamen hierher und sagten, sie würden den armen Menschen helfen und die wirtschaftliche Situation verbessern, aber sie geben nur Geld für ihre Militäroperationen aus. Die armen Menschen sind ärmer als sie es während der Taliban-Herrschaft waren. Wir trauen ihnen nicht mehr. Wir wären Dummköpfe, wenn wir es täten." [47] Dies schürt den Hass gegen den Westen und verschafft sämtlichen Widerstandsgruppen, von denen die Taliban derzeit die stärksten sind, regen Zulauf. "In Zeiten der Armut erinnern sich viele Afghanen daran, dass es ihnen materiell besser ging, als die Taliban die Kontrolle hatten. Bitterarme Familien in Dörfern, die keinerlei Hilfe erhalten haben, sagen, sie wären über eine Rückkehr der Taliban froh, wenn sie dafür ihre Familien ernähren könnten." [48] Selbst der Oberbefehlshaber der US-Truppen in Afghanistan, Karl Eikenberry, räumt ein: "Wir brauchen mehr Investitionen in die afghanische Infrastruktur. Wo die Straßen aufhören, beginnen die Taliban." [49]

Afghanistan: Krieg für den Terror

Staatszerfall - so das vorherrschende Credo - könne nicht hingenommen werden, da dort Rückzugs- und Rekrutierungsgebiete für Terroristen entstünden. Man sei deshalb schon aus Gründen der Selbstverteidigung gezwungen, Länder so lange zu stabilisieren - sprich zu besetzen -, bis sie halbwegs wieder funktionieren.

Zwar sind ohnehin erhebliche Zweifel angebracht, ob militärischer "Stabilitätsexport" überhaupt praktikabel ist, völlig aussichtslos sind derlei Versuche aber, wenn damit eine offensichtliche Ausbeutungspolitik einhergeht, wie eine Studie des Carnegie Endowment for International Peace belegt: "Eine breit gestützte Akzeptanz des Nation Building von Ausländern ist nicht mehr aufrecht zu erhalten, wenn die lokale Bevölkerung den Eindruck gewinnt, dass die Besatzungsmacht nur die eigenen Interessen fördert." [50] Da dies in Afghanistan eindeutig der Fall ist, wird mehr und mehr Menschen bewusst, dass sie es mit Okkupanten, nicht mit Wohltätern zu tun haben, weshalb sie die Besatzer lieber heute als morgen aus ihrem Land jagen wollen. Dabei steigt auch der Anteil derjenigen, die bereit sind, sich gewaltsam gegen den - sicher nicht völlig zu unrecht - zunehmend als ausbeuterisch wahrgenommenen Westen zur Wehr zu setzen. Inzwischen befürworten über 50 Prozent der afghanischen Bevölkerung politisch motivierte Selbstmordattentate gegen die Besatzer. [51]

"Stabilitätsexport" durch westliche Besatzungstruppen ist zur Terrorbekämpfung gänzlich ungeeignet. Robert Pape, einer der bekanntesten US-Politikwissenschaftler, fand in einer breit angelegten Studie heraus, dass praktisch sämtliche Selbstmordattentäter "kein religiöses, sondern ein eindeutig strategisches Ziel verfolgten: Die Demokratien dazu zu zwingen, ihre Truppen aus dem Land, das die Terroristen als ihre Heimat betrachten, abzuziehen." Seine Schlussfolgerung ist eindeutig: "Am wichtigsten ist, dass die enge Verbindung zwischen ausländischer Besatzung und dem Anstieg von Selbstmordattentaten denjenigen zu denken geben sollte, die Lösungen favorisieren, die die Eroberung von Ländern einschließen, um deren politische Systeme zu transformieren. Die Eroberung von Ländern mag terroristische Operationen kurzfristig behindern, aber es ist wichtig zu erkennen, dass die Besetzung von mehr Ländern sehr wohl zu einem Anstieg der Zahl der Terroristen führen könnte, die sich gegen uns richten." [52]

So ist nicht nur die Besetzung des Irak Wasser auf die Mühlen des Terrorismus, wie von den US-Geheimdiensten inzwischen offiziell eingestanden wird, [53] sondern auch der westliche "Stabilitätsexport" in Afghanistan. Da keine Bereitschaft besteht grundlegend umzusteuern indem die Bekämpfung der Armut - dem Hauptgrund für das Scheitern von Staaten - ins Zentrum effektiver Sicherheitspolitik gerückt wird, bleibt nichts anderes übrig, als immer häufiger auf das Militär zurückzugreifen. Vor diesem Hintergrund ist die Ankündigung von NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer nur folgerichtig, "dass Einsätze wie der in Afghanistan künftig nicht die Ausnahme sein könnten, sondern

vielleicht die Regel." [54] Da man hierfür buchstäblich gerüstet sein will, werden derzeit umfassende Umstrukturierungen der Allianz gefordert.

Die NATO als globale Besatzungstruppe

Da der Einsatz in Afghanistan als prototypisch für die künftig anvisierten Kriegseinsätze gilt, würde sein Scheitern aus Sicht der westlichen Strategen eine existenzielle Bedrohung des Bündnisses darstellen. Hierdurch wäre jegliche weitere "Stabilisierungsmaßnahme" zur Aufrechterhaltung einer neoliberalen, ausbeuterischen Weltordnung von vorneherein diskreditiert: "In einer Welt, die im Wesentlichen von den Industriedemokratien am Laufen gehalten und dominiert wird, wird ein anhaltendes Versagen, solchen Konflikten zu begegnen, nicht nur ihre moralische Integrität schwächen, sondern ihre internationale Legitimität als globale Führer untergraben." [55]

Da eine Abkehr von der westlichen Interessenspolitik nicht zur Debatte steht, wird gefordert, die Kapazitäten für solche Einsätze zu verbessern. Es geht darum, Systemadministrationstruppen zur mühsamen Stabilisierung einer permanent Krisen und Kriege produzierenden Weltordnung aufzubauen, so der Konsens sowohl in Brüssel, als auch in Washington. Beispielhaft betont der einflussreiche Francis Fukuyama: "Auf jeden Fall wird die Kunst des Staatenbaus eine Schlüsselkomponente der nationalen Macht und genauso wichtig wie die Fähigkeit sein, traditionellere Militärgewalt zur Aufrechterhaltung der Weltordnung einzusetzen." [56] Da diese Fähigkeit unter allen Umständen unter Beweis gestellt werden muss, gehe es deshalb in Afghanistan "um die Glaubwürdigkeit der Nato", so der britische Verteidigungsminister Dan Browne. Tom Koenigs unterstützt ihn mit den Worten, es gelte zu verhindern, "dass die Nato sich hier in Afghanistan als Papiertiger entpuppt." [57] Am klarsten fasst Ronald Naumann, US-Botschafter in Afghanistan, die Situation zusammen: "Die NATO ist die fundamentale Verpflichtung eingegangen, in Afghanistan zu gewinnen. Und entweder wird sie gewinnen, oder sie wird als Organisation scheitern." [58] Afghanistan wird so zum Gradmesser, ob die NATO auch im 21. Jhd. in der Lage sein wird, als militärischer Arm der westlichen Interessenspolitik zu agieren: "Krisengebiet - im doppelten Wortsinne - ist Afghanistan. Am Hindukusch wird sich nicht nur das Schicksal des Landes entscheiden, sondern auch die Frage, ob die NATO ihren Wandel zur weltweit einsetzbaren Stabilisierungskraft und damit zum Dreh- und Angelpunkt in der globalen Sicherheitslandschaft meistern wird." [59]

Aus diesem Grund fordern Hans Binnendijk und Richard Kugler, zwei prominente Pentagon-Experten, die NATO müsse zu einer "Stabilisierungs- und Wiederaufbautruppe" werden. Ähnlich äußerte sich der kurzzeitig von Bush mit dem "Wiederaufbau" Afghanistans betraute James Dobbins im Hausblatt der Allianz, dem NATO-Review. Der vielsagende Titel: "Die Rolle der NATO beim Aufbau von Staatswesen." Konsequenterweise fordert dann auch der im Februar 2006 erschienene Quadrennial Defense Review Report (QDR) des Pentagon den "Aufbau von NATO-Stabilisierungs- und Wiederaufbaukapazitäten." [60] Am bislang weitesten geht der ebenfalls unlängst im NATO-Review erschienene Vorschlag von Christoph Bertram. Zunächst stellt er fest, dass "Stabilitätsexport" zur Kernaufgabe der NATO geworden ist: "jede Zukunftsprognose deutet darauf hin, dass der Bedarf an dieser Art von Aktivität zunehmen wird." Aus Gründen der "politischen Korrektheit" werde aber weiterhin der Verteidigungsauftrag betont: "Anstatt dass die NATO den ganz offensichtlichen Änderungen des strategischen Umfelds Rechnung trägt, ist sie durch das Erfordernis der politischen Korrektheit an die Maxime des Strategischen Konzepts von 1999 gebunden, wonach die Aufrechterhaltung eines angemessenen militärischen Dispositivs und die eindeutige Bereitschaft zu kollektivem Vorgehen im Interesse der gemeinsamen Verteidigung weiterhin für die Sicherheitsziele des Bündnisses von zentraler Bedeutung sind." Die zunehmende Ausrichtung der Allianz zur Kriegsführung müsse, so Bertram, nun auf eine neue Stufe gehoben werden: "Seit dem Ende des Kalten Krieges hat die NATO eine bemerkenswerte Bereitschaft zur Anpassung an neue Gegebenheiten unter Beweis gestellt. Als nächster

Schritt ist nun erforderlich, dass sie Stabilisierungsaufgaben zu ihrem Hauptauftrag erklärt." [61]

Bereitwillig griff der deutsche Verteidigungsminister Franz-Josef Jung diese Vorschläge Ende September auf: "Wir brauchen in der Nato-Strategie eine Veränderung." Auf dem im November stattfindenden nächsten NATO-Gipfel müsse es nun darum gehen, Sicherheitspolitik mit Entwicklungshilfe und politischer Aufbauarbeit zu vernetzen. [62] Letztlich zielt dieser Vorschlag darauf ab, eine in sich koherente Besatzungspolitik zu konzipieren und alle zur Verfügung stehenden Instrumente auf die politischen Ziele und Interessen der NATO-Staaten zu fokussieren. Es sieht offensichtlich so aus, als steuere man innerhalb der NATO darauf zu, nicht eines, sondern viele Afghanistans zu schaffen.

Anmerkungen

- [1] Bonse, Eric: In der Kampfzone, Handelsblatt, 13.09.2006.
- [2] Beeston, Richard: Nato is fighting for its future, The Times Online, 14.09.2006.
- [3] Clark, Wesley: What We Must Do Now, Newsweek, 02.10.2006.
- [4] Deutscher Bundestag, Antwort der Bundesregierung, Drucksache 16/2380, 09.08.2006, S. 11.
- [5] Vgl. Gallis, Paul: NATO in Afghanistan: A Test of the Transatlantic Alliance, Congressional Research Service, August 22, 2006, S. 7f.
- [6] Deutscher Bundestag, Kleine Anfrage, Drucksache 16/1960, 23.06.2006, S. 1.
- [7] Nato-Soldaten sterben bei Anschlag, Stern.de, 18.09.2006.
- [8] NATO agrees to ISAF expansion across Afghanistan, NATO Update, 29.09.2006.
- [9] Pflüger, Tobias: Kennen Sie Usbekistan?, in: AUSDRUCK (Februar 2005), S. 18.
- [10] Senlis Council: Afghanistan Five Years Later: The Return of the Taliban, Spring/Summer 2006, S. 38.
- [11] Antwort der Bundesregierung aaO., S. 11.
- [12] Ebd., S. 7.
- [13] Vgl. Senlis Council aaO., S. 32ff.; Gallis aaO., S. 9f.
- [14] Senlis Council aaO., S. 38.
- [15] President Bush Addresses United Nations General Assembly United Nations, New York 19.09.2006.
- [16] Rice warnt vor Scheitern der Afghanistan-Mission, Spiegel.de, 13.09.2006.
- [17] Clark aaO.
- [18] "Es geht um die Glaubwürdigkeit der Nato", Tagesspiegel.de, 19.09.2006.
- [19] Auswärtiges Amt: Bundesregierung legt überarbeitetes Afghanistankonzept vor, Pressemitteilung, 14.09.2006.
- [20] Antwort der Bundesregierung aaO., S. 3.
- [21] Afghanistan – Angst vor zweitem Irak, Tagesspiegel.de, 31.05.2006.
- [22] Landay, Jonathan S.: Afghanistan, 5 years later: U.S. confront Taliban's return, McClatchy Newspapers, 25.09.2006; Borchgrave, Arnaud De: Is The Middle Ages On The Comeback, UPI, 30.06.2006; Senlis Council aaO., S. 59.
- [23] Joint ISAF/CFC-A News Conference, 20.02.2006.
- [24] Petersen, Britta u.a.: Bundeswehr will präventiv zuschlagen, Financial Times Deutschland, 12.07.2006.
- [25] ISAF (D): Augenblick, Geopowers.com, 22.09.2006.
- [26] Bundeswehr auch in den Süden Afghanistans, FAZ.net, 04.09.2006.
- [27] Senlis Council aaO., S. 27.
- [28] Ebd., S. 24.
- [29] Bonse aaO.
- [30] Deutscher Bundestag, Antrag der Bundesregierung, Drucksache 16/2573, 13.09.2006, S. 3.
- [31] Nato-Kritik an deutscher Zurückhaltung wächst, tagesschau.de, 21.09.2006.
- [32] Bonse aaO.
- [33] Nato-Kritik an deutscher Zurückhaltung wächst, tagesschau.de, 21.09.2006.
- [34] Afghanistan: Unmut über die Bundeswehr wächst, Welt.de, 14.09.2006.
- [35] Bundeswehr auch in den Süden Afghanistans, FAZ.net, 04.09.2006.

- [36] KSK wieder in Afghanistan, ntv, 13.09.2006.
- [37] Antrag der Bundesregierung aaO., S. 3.
- [38] Bundeswehr in Afghanistan Einsatz im ganzen Land möglich, ntv, 29.08.2006.
- [39] Fariba Nawa, Afghanistan Inc., Oakland 2006, S. 28.
- [40] Haydt, Claudia: Effektiver Kolonialismus, in: AUSDRUCK (Februar 2006), S. 15.
- [41] Senlis Council aaO., S. 81.
- [42] Ebd., S. 203.
- [43] Ebd., S. 209.
- [44] Haydt aaO., S. 17.
- [45] Senlis Council, S. 191.
- [46] Ebd., S. 192.
- [47] Ebd., S. 21.
- [48] Ebd., S. 11.
- [49] Moreau, Ron u.a.: The Rise of Jihadistan, Newsweek, 02.10.2006.
- [50] Pei, Minxin: Lessons from the Past: The American Record on Nation Building, Carnegie Endowment Policy Brief 24 (May 2003), S. 6.
- [51] Senlis Council aaO., S. vi.
- [52] Pape, Robert: The Logic of Suicide Terrorism, The American Conservative, 18.07.2005; Pape, Robert: The Strategic Logic of Suicide Terrorism, American Political Science Review Vol. 97, No. 3, S. 343-361.
- [53] Kilian, Martin: US-Geheimdienste widersprechen Bush, Tagesanzeiger, 25.09.2006.
- [54] Scheffer, Jaap de Hoop: Die Zukunft der Atlantischen Allianz, Rede am 07.10.2004.
- [55] O'Hanlon, Michael/Singer, Peter: The Humanitarian Transformation, in: Survival, Vol. 46, Issue 1, (Spring 2004), S. 77f.
- [56] Fukuyama, Francis: Staaten Bauen: Die neue Herausforderung der Internationalen Politik, Berlin 2006, S. 170.
- [57] "Es geht um die Glaubwürdigkeit der Nato", Tagesspiegel.de, 19.09.2006; Petersen aaO.
- [58] "Nicht gleich zum Feigling werden", Spiegel 39/2006.
- [59] Seegers, Sabine: Schlappes Bündnis, Schwäbisches Tagblatt, 29.09.06.
- [60] QDR 2006, 06,02.2006, S. 83; Binnendijk, Hans/Kugler, Richard: Needed - A NATO Stabilization and Reconstruction Force, Defense Horizons No. 45 (September 2004); Dobbins, James: Die Rolle der NATO beim Aufbau von Staatswesen, in: NATO Review (Sommer 2005).
- [61] Bertram, Christoph: Abschied vom Krieg, in: NATO Review (Frühjahr 2006).
- [62] Tiesenhausen, Friederike von: Jung ruft die Nato zu Strategiewechsel auf, Financial Times Deutschland, 19.09.2006.

IMI-Analyse 2006/005 -in: AUSDRUCK (Februar 2006)
<http://www.imi-online.de/download/CH-CIMIC.pdf>

Effektiver Kolonialismus: Das zivil-militärische Besatzungsregime zur Ausbeutung Afghanistans

von Claudia Haydt

Die Sicherheitspolitik der deutschen Regierung stützt sich genauso wie die der Europäischen Union zunehmend auf die Verknüpfung von zivilen und militärischen Fähigkeiten. Die Europäische Sicherheitsstrategie fordert eine möglichst effektive und "kohärente" Verknüpfung aller "notwendigen zivilen Mittel in und nach Krisen." [1] Zivile Komponenten sollen also sowohl parallel zu Militärschlägen als auch zur nachträglichen Konsolidierung zum Einsatz kommen. "Die Union könnte einen besonderen Mehrwert erzielen, indem sie Operationen durchführt, bei denen sowohl militärische als auch zivile Fähigkeiten zum Einsatz gelangen." Auch deutsche Strategienpapiere und der Koalitionsvertrag der schwarz-roten Regierung beschwören einen "umfassenden Sicherheitsbegriff", bei dem es "neben militärischen Fähigkeiten nicht zuletzt um genügend ziviles Personal" geht. Deutsche sicherheitspolitische Interessen haben oberste Priorität und sollen "durch eine enge Verzahnung unserer Außen-, Sicherheits-, Entwicklungs-, Menschenrechts-, Außenwirtschafts- und Auswärtigen Kulturpolitik" [2] durchgesetzt werden.

Dass dies nicht zwangsläufig zu einer "Zivilisierung des Militärischen" führt sondern vielmehr die Gefahr in sich birgt Spielräume für zivile Alternativen weitgehend einzuschränken, soll hier am Beispiel der deutschen Besatzungspolitik in Afghanistan gezeigt werden.

Zivil-militärisches Besatzungsregime

Von Anfang 2002 bis Oktober 2003 war das Aufgabengebiet der ISAF-Truppen mehr oder weniger auf die Hauptstadt Kabul begrenzt. Der dort erfüllte "Sicherungsauftrag" (security assistance) wurde u.a. auf Drängen der deutschen Regierung als zivil-militärisches Projekt über Kabul hinaus ausgeweitet. Die deutschen Soldaten begannen bereits Ende Oktober 2003 mit dem Aufbau des ersten Provincial Reconstruction Teams (PRT) deren Aufgabe es sein sollte, den wirtschaftlichen, politischen und sozialen Wiederaufbauprozess zu koordinieren und militärisch abzusichern. Im Januar 2004 folgte eine PRT-Außenstelle in Taloqan und im Juli 2004 begannen deutsche Soldaten ihren Einsatz im PRT Feyzabad. Durch diese neuen Bundeswehraktionsfelder wird bereits ersichtlich, dass die Truppe ihren Aktionsschwerpunkt in den Norden verschiebt. Im Rahmen von Absprachen innerhalb der NATO wird Deutschland so im Norden des Landes faktisch einen eigenen Besatzungssektor kontrollieren. Dazu wurde im Juli 2005 ein Regional Area Command (RAC) unter Brigadegeneral Bernd Kiesheyer eingerichtet. Hauptaufgabe des RAC, das zunächst in Kunduz (ab Frühjahr 2006 in Mazar-I-Sharif) seinen Sitz hat, ist die Koordination der zivil-militärischen Aktivitäten (CIMIC) der zugeordneten Regionalen Wiederaufbauteams (PRTs). "Damit trägt Deutschland die Verantwortung für die Koordination des Wiederaufbaus im gesamten Norden Afghanistans." [3]

Die Aufgaben dieses RAC sind im Operationsplan der NATO genau festgehalten:

-- "Koordination der zivil-militärischen Aktivitäten (CIMIC) der zugeordneten Regionalen Wiederaufbauteams (PRT - Provincial Reconstruction Team),

-- Koordination MEDAVAC Einsatz,

-- Koordinierung der militärischen Aktivitäten zur ISAF - Unterstützung der Sicherheitssektorreform

-- Koordinierung der Ausbildungsunterstützung für die Afghanischen Streitkräfte (ANA)"[4]

Dass hier die rein militärischen Aufgaben zugunsten eines umfassenden Besatzungsmanagements mit Kontrolle fast aller ziviler Sektoren erweitert wurden, fällt sofort auf. Wie dieses Besatzungsregime in die wirtschaftliche Ordnung Afghanistans eingreift, soll im Folgenden kurz skizziert werden.

Wirtschaftliche Interessen / Neoliberale und neoimperiale Politik

Auf der Homepage des Auswärtigen Amtes wird erklärt worin die "Hilfe" der deutschen Regierung für die Bevölkerung Afghanistans besteht: "Schwerpunkte der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit Deutschlands mit Afghanistan sind die Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen für die Entwicklung der Privatwirtschaft und marktwirtschaftlicher Strukturen, die Rehabilitierung des Energiesektors"[5] Beim Stichwort "Rehabilitierung des Energiesektors" sei hier nur kurz erwähnt, dass zu Zeiten der sowjetischen Besatzung der neue deutsche Einsatzschwerpunkt Mazar-I-Sharif das Zentrum der afghanischen Gas- und Ölindustrie war, die immerhin soviel produzierte, dass sie Afghanistan einen Außenhandelsüberschuss bescherte. Bis zum Wiederaufbau dieser Industrie ist Mazar-I-Sharif vor allem als Transportdrehkreuz zwischen dem afghanischen Norden und dem Bundeswehrstützpunkt Termez in Usbekistan von zentraler Bedeutung.

Das große Interesse der deutschen Regierung am Einfluss auf den wirtschaftlichen Wiederaufbauprozess zeigte sich bei Bundeskanzler Schröders Afghanistan-Besuch 2002. Er setzte damals einen deutschen Berater bei der afghanischen Regierung für die Förderung von Investitionen und Handel ein.

Im August 2003 wurde mit deutscher Hilfe die "Afghan Investment Support Agency (AISA)" eröffnet. AISA ist als "One-Stop-Shop" für Investoren konzipiert, bei der alle notwendigen Formalitäten geklärt werden können. Die AISA unterstützt Investoren bei der Registrierung und berät hinsichtlich der rechtlichen und sicherheitsrelevanten Rahmenbedingungen.

Die AISA soll besonders für folgende Sektoren ausländische Investoren suchen: Bauwirtschaft, Telekommunikation, Leichtindustrie und Weiterverarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse. Konkrete Ergebnisse für deutsche Investitionen/Firmenübernahmen gibt es bereits beim Aufbau eines weiteren GSM-Mobilfunknetzes, im Bereich der pharmazeutischen Industrie, in der Gastronomie und die Übernahme einer Zuckerfabrik in der Provinz Baghlan durch das deutsche Unternehmen Südzucker.

Ziel der deutschen Einflussnahme ist vor allem die Rechtssicherheit für Investitionen. Dazu wurde 2003 mit deutscher Unterstützung der Entwurf für ein neues Investitionsgesetz geschrieben. Im Dezember 2004 wurde ein bilaterales Investitionsschutzabkommen mit Afghanistan paraphiert. Es liegt der Verdacht nahe, dass es hier nicht um state-building im Interesse der afghanischen Bevölkerung geht, sondern eher um institution-building zur Absicherung der Interessen ausländischer Investoren.

"Sicherheitssektorreform"

Die deutsche Regierung ist auch maßgeblich an dem Aufbau der afghanischen Polizei

beteiligt. Dazu gehört unter anderem die Hilfe bei der Finanzierung der Polizei, etwa durch die "Vermittlung und Koordinierung finanzieller Ressourcen von internationalen Partnern".[6] Die deutsche Handschrift findet sich beim Aufbau der Polizeistruktur genauso wie bei konkreten Projekten, die über ein deutsches Projektbüro in Kabul abgewickelt werden.

Es geht dabei um Rekrutierung, Ausbildung und Ausrüstung afghanischer Polizeibeamter. "Für die politische Koordinierung des deutschen Beitrags zur Sicherheitssektorreform wurde im Herbst 2003 ein Koordinator im Rang eines Botschafters entsandt." Hierbei wurde vor allem das Technische Hilfswerk herangezogen, das 2002 die Polizeiakademie in Kabul baute. Dort können parallel 1600 Polizeioffiziere ausgebildet werden. Die Polizeiausbildung – auch durch deutsche Polizeibeamte ist deswegen so wichtig, da Bundeswehrsoldaten aufgrund von Vorbehalten im Bundestag nicht direkt für die Drogenbekämpfung eingesetzt werden dürfen. Dazu braucht man afghanische "Hilfe". Das auswärtige Amt vermeldet deswegen auch stolz: "Fortschritte sind auch beim Aufbau einer Drogenbekämpfungseinheit, der Kriminalpolizei, des polizeilichen Gesundheitssystems sowie der Verkehrspolizei in Kabul zu verzeichnen." Dass die afghanische Polizei und Justiz nach wie vor nicht für besonders rechtsstaatliches Vorgehen bekannt ist, etwa im Auftrag der Koalitionstruppen foltert oder Frauen die ihre Vergewaltiger anzeigen im Gefängnis landen, wird nicht erwähnt. Vielleicht wissen die Verfasser der folgenden Zeilen doch etwas mehr, auch wenn ihre einzige Sorge dem Image der Polizei gilt: "Um das negative Bild der Polizei in der afghanischen Bevölkerung zu verbessern und ein professionelles Verhalten der neuen Polizeikräfte sicherzustellen, nimmt die Vermittlung von Grund- und Menschenrechten im Ausbildungsprozess einen besonderen Stellenwert ein."[7] Der zukünftige Schwerpunkt der Ausbildung liegt allerdings vor allem auf der Grenzsicherung (und damit der Flüchtlingskontrolle) und der Bekämpfung der Drogenökonomie – leider nach wie vor ohne ausreichend Programme, die das Überleben der von diesen Einnahmen abhängigen Bauern sichern. "Zu den dringendsten Aufgaben gehören der schon begonnene Aufbau der Grenzpolizei und - damit eng verbunden - die Ausbildung und Ausstattung einer effizienten Anti-Drogen-Polizei."[8] Deutsche Polizeiberater spielen dabei eine wesentliche Rolle, diese können im Gegensatz zu Soldaten entsandt werden, ohne eine Bundestagsdebatte darüber führen zu müssen.

Zum Verwechseln ähnlich: Hilfe und Krieg

Aus Sicht der afghanischen Bevölkerung war seit dem Beginn des so genannten Krieges gegen den Terror im Herbst 2001 die humanitäre Hilfe der westlichen Staaten begleitet von Krieg und Sterben. Die Lebensmittelpakete für die afghanische Bevölkerung, abgeworfen aus den Flugzeugen der Koalition, sahen den explosiven Überbleibseln der gleichzeitig abgeworfenen Streubomben zum Verwechseln ähnlich. Die Unterscheidung zwischen Soldaten, die in Afghanistan im Rahmen von Enduring Freedom an Kampfeinsätzen (häufig auch mit zivilen Opfern) eingesetzt werden und Soldaten, die im Rahmen der ISAF-Mission den zivilen Wiederaufbau ermöglichen sollen, ist wohl auch eher für die Akzeptanz der Militäreinsätze in den Staaten die die Soldaten entsenden, als für die afghanische Bevölkerung gedacht. Doch die afghanische Bevölkerung muss noch mehr tun als "friedliche Soldaten" und "Antiterrorsoldaten" unterscheiden, sie muss auch zwischen westlichen Sondereinheiten (z.B. KSK-Kämpfern) in Zivil und zivilen Vertretern von Nichtregierungsorganisation (NGOs) unterscheiden, die häufig in nahezu identisch aussehenden hellen Jeeps unterwegs sind. Im Rahmen der Regionalen Wiederaufbauteams (PRT) arbeiten NGO-Vertreter mit ISAF-Soldaten direkt zusammen und treten auch häufig mit diesen zusammen auf.

Diese Kooperation ist Teil der Einsatzstrategie, denn direkte Kampfhandlungen westlicher Soldaten gegen feindliche Armeen sind trotz zahlreicher Auslandseinsätze seltener geworden. Die "Missionen", "Interventionen" und sonstigen "Operationen" - wie Krieg und Besatzung meist genannt werden - finden ganz überwiegend in einem zivilen Umfeld

statt, in dem häufig nicht klar ist, wer Kombattant und wer Zivilist ist. Informationen sind folglich - nicht nur - für die Bundeswehr sicherheitsrelevant. Dieses Interesse muss mitgedacht werden, wenn als Aufgabe der zivil-militärischen Kooperation im Norden Afghanistans formuliert wird, "So steht in Kunduz die Informationsgewinnung im Vordergrund." [9] Erwähnt wird seitens der Bundeswehr zuerst einmal überwiegend die Erhebung von Defiziten bei der Versorgung mit Wasser, im Bildungs- oder Medizinbereich. Dass Informationsgewinnung aber auch militärisch relevant ist, verschweigt sie gar nicht, deswegen gehört es auch zum Ziel herauszufinden, "wie ist die allgemeine Stimmung in der Bevölkerung?" [10] Schlussendlich erhofft sich dadurch die Bundeswehr "ein umfassendes Lagebild der zivilen Umgebung" damit - nun wird es ganz deutlich - "die Nutzung ziviler Ressourcen für die militärische Operation verbessert und koordiniert werden" kann.

Auch für die Bevölkerung in Afghanistan ist die Weitergabe von Informationen zwischen Militär und NGOs leicht nach vollziehbar, u.a. weil beide häufig zusammen auftreten.

"Inakzeptabler Angriff auf humanitäre Prinzipien"

Welche Auswirkung die zivil-militärische Kooperation für die humanitäre Arbeit hat wurde im Jahr 2004 auch für die internationale Öffentlichkeit deutlich. Koalitionstruppen verteilten damals Flugblätter im Süden Afghanistans, auf denen die Bevölkerung dazu aufgerufen wurde, "den Koalitionstruppen sämtliche Informationen über die Taliban, El Quaeda und Gulbuddin (Hekmatyar - Rebellenführer) zu übermitteln". Dies sei notwendig, um "zu gewährleisten, dass humanitäre Hilfe auch weiterhin bereit gestellt wird". Nicht nur die Organisation Ärzte ohne Grenzen wandte sich damals öffentlich gegen diese Instrumentalisierung humanitärer Hilfe: "Diese Flugblätter, die unter anderem ein afghanisches Mädchen mit einem Sack Weizen zeigen, stellen einen eindeutigen Versuch dar, humanitäre Hilfe für militärische Ziele der Koalition zu missbrauchen. Ärzte ohne Grenzen lehnt jegliche Verbindung zwischen der Bereitstellung humanitärer Hilfe und der Zusammenarbeit mit den Koalitionstruppen ab." [11]

In dramatischen Appellen erklärten die Mitarbeiter, dass so die Helfer ebenso wie die Hilfe für die Bedürftigen gefährdet werden. "Die bewusste Vermischung von humanitärer Hilfe mit militärischen Zielen zerstört den eigentlichen Sinn der humanitären Hilfe. Dies wird letztlich nur dazu führen, dass dringend benötigte Hilfe denjenigen in Afghanistan versagt bleiben wird, die sie am dringendsten brauchen. Gleichzeitig werden diejenigen, die Hilfe bereitstellen, zur Zielscheibe." [12]

Nachdem zahlreiche Mitarbeiter von Ärzten ohne Grenzen tatsächlich zu Opfern von Anschlägen wurden, sah sich die Organisation am 28. Juli 2004 nach 24jähriger Tätigkeit veranlasst, ihre Arbeit in Afghanistan einzustellen. Zu diesem Rückzug erklärte sie öffentlich: "Die Gewalt gegen humanitäre Helfer spielt sich vor dem Hintergrund einer zunehmenden Instrumentalisierung der Hilfe durch die US-geführte Koalition in Afghanistan ab. ... Koalitionstreitkräfte missbrauchen die Hilfe beständig für ihre militärischen und politischen Ziele und versuchen damit, die 'hearts and minds' der afghanischen Bevölkerung zu gewinnen. Dadurch wird humanitäre Hilfe nicht mehr als unparteilich und neutral angesehen. Dies wiederum gefährdet die Helfer und die Hilfe selbst."

Deutlicher kann die Distanzierung von zivil-militärischer Kooperation kaum formuliert werden. Dennoch verweist die Bundeswehr im Rahmen ihrer Internet-Öffentlichkeitsarbeit unter dem Stichwort "Was genau ist CIMIC" nach wie vor auf ihre Kooperation mit NGOs und nennt dabei explizit Ärzte ohne Grenzen und die Caritas (die ebenfalls Bedenken gegen die Instrumentalisierung ziviler Hilfe geäußert hat). [13]

Die Genfer Konventionen verbietet in Art. 3, Abs.2. die Instrumentalisierung humanitärer Hilfe für politische Zwecke. Die momentan propagierte Form von zivil-militärischer

Kooperation ist aus zwei Gründen entschieden abzulehnen. Sie unterhöhlt das Konzept der neutralen, unparteilichen humanitären Hilfe, die allein die Aufgabe hat Leben zu retten und Leiden zu mindern. Zusätzlich wird "zivile Konfliktbearbeitung" als Alternative zu militärischem Eingreifen Stück für Stück an Spielraum und an Glaubwürdigkeit verlieren. Für zivile Konfliktlösung und humanitäre Hilfe bleibt so lediglich die Möglichkeit der Begleitung und der Nachsorge von Militäreinsätzen – wobei sie deren Prioritätensetzungen und Interessen unterworfen sind.

Anmerkungen

[1] "Europäische Sicherheitsstrategie: Ein sicheres Europa in einer besseren Welt", Brüssel, 12.12.2003, S. 13.

[2] "Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD", 11.11.2005,

<http://koalitionsvertrag.spd.de>

[3] "Chronologie des Einsatzes in Afghanistan (ISAF)", 16.11.2005,

<http://einsatz.bundeswehr.de>

[4] "Deutschland übernimmt mehr Verantwortung im Norden Afghanistans", 4.8.2005,

<http://einsatz.bundeswehr.de>

[5] "Beziehungen zwischen Afghanistan und Deutschland" (Stand: Mai 2005),

www.auswaertiges-amt.de

[6] "Beziehungen zwischen Afghanistan und Deutschland" (Stand: Mai 2005),

www.auswaertiges-amt.de

[7] Ebenda.

[8] Ebenda.

[9] "Vor neuen Herausforderung", 4.1.2005, www.streitkraeftebasis.de

[10] "Was genau ist CIMIC", 2.8.2005, <http://www.streitkraeftebasis.de>

[11] "Flugblatt in Afghanistan verwischt Grenze zw. Hilfe und militärischen Zielen"

(Kenny Gluck, Frankfurter Rundschau vom 5.5.2004), www.aerzteohnegrenzen.at

[12] Nelke Manders, Projektkoordinatorin von Ärzte ohne Grenzen (damals: Afghanistan)

[13] "Was genau ist CIMIC" a.a.O.

IMI-Studie 2006/04 - in: AUSDRUCK (Juni 2006)
<http://www.imi-online.de/download/KG-Afgh.pdf>

Demokratiedefizit am Hindukusch? Kein Problem für den Exportweltmeister: Deutschlands Schlüsselrolle in Afghanistan

von Kevin Gurka

Afghanistan: vom Stellvertreterkrieg in den Neokolonialismus

Die Geschichte Afghanistans des 20. und 21. Jh. ist traurig und blutig. Schuld daran sind nicht zuletzt die vielen ausländischen Akteure, die das Land immer wieder zum Schachbrett ihrer Machtpolitik gemacht hatten. Die Opfer waren, neben den Soldaten fremder Armeen, denen sich die Afghanen meist erfolgreich zur Wehr setzten, auch viele afghanische Kämpfer. Die größten Opfer dieser Auseinandersetzungen brachte aber die afghanische Bevölkerung selbst, die somit stets zum Hauptleidtragenden dieser Konflikte wurde.

Nachdem die in British India stationierten Engländer in den zwei britisch-afghanischen Kriegen das Land nicht unter ihre Herrschaft zu bringen vermochten, beschlossen sie es zu infiltrieren. Gegen eine Erhöhung der jährlichen Zahlung an den afghanischen Herrscher Amir Abdul Rahman, von 120.000 auf 160.000 Britische Pfund, trat Afghanistan am 12. Januar 1893 durch die Unterzeichnung des Durand-Vertrags 190.000qKm seines Staatsgebiets ab. Die 2450 Km lange Demarkationslinie wurde bewusst durch paschtunisches Siedlungsgebiet gezogen, um so eine Pufferzone entstehen zu lassen und Afghanistan den Weg zum Indischen Ozean zu versperren.

Die Streitigkeiten auf dem europäischen Kontinent, zu Anfang des 20. Jahrhunderts, blieben auch für Afghanistan nicht folgenlos. So versuchte Deutschland, dort an Einfluss zu gewinnen und die afghanische Bevölkerung in seinen späteren Krieg mit England einzubeziehen. Die Einflussnahme Deutschlands vererbte nicht mit Ende des Ersten Weltkriegs, sondern wurde sowohl in der Weimarer Republik, als auch natürlich im Dritten Reich aufrecht erhalten, um deutschen Interessen in dieser Region gerecht zu werden. Nach Ende des Zweiten Weltkriegs führte die BRD als Nachfolgestaat der deutschen Reiche die Interessenpolitik in Afghanistan fort, zog aber noch vor Beginn der russischen Invasion im Jahr 1979 seine Entwicklungshelfer und Polizisten ab. Mit dem Einmarsch sowjetischer Truppen kam Afghanistan auch eine Rolle im Kalten Krieg zu. Es sollte zum russischen Vietnam werden und mit saudischem und amerikanischem Geld und Waffen wurden die Mudjahedin über Pakistan und dessen Geheimdienst ISI unterstützt. Der Iran spielte bei der Unterstützung der Mudjahedin ebenfalls eine sehr gewichtige Rolle, denn es war in seinem sicherheitspolitischen Interesse, die schiitischen Gruppierungen in Afghanistan zu unterstützen und einerseits den saudischen und pakistanischen Einfluss soweit es ging durch eigene Zuwendungen zu relativieren und andererseits die Besetzung des Nachbarlandes durch kommunistische Truppen rückgängig zu machen. Da die Anführer der Mudjahedin, die "Warlords", untereinander zerstritten waren, versuchte jedes Land, die seinen Zielen am nächsten stehende Partei zu unterstützen. Die in Afghanistan vorkommenden Unterschiede in der religiösen Ausrichtungen des Islams oder auch säkularisierte Bestrebungen, sowie die Unterschiede zwischen der Vielzahl der dort lebenden Ethnien, wurden betont und instrumentalisiert. Mit dem Abzug der sowjetischen Truppen 1988 und dem wenig später folgenden Zusammenbruch der Sowjetunion verbesserte sich die Lage der afghanischen Bevölkerung keineswegs. Denn nach dem Rücktritt der kommunistischen Regierung stritten sich die afghanischen Warlords um die Vormachtstellung in Afghanistan. In ihren Kämpfen wurden sie weiterhin von ausländischen Akteuren unterstützt. Die Vorkommen

an Öl und Gas in den Staaten der ehemaligen Sowjetunion verstärkten das Interesse der externen - der lokalen und der westlichen - Akteure. Um in Afghanistan eine stabile politische Lage vorzufinden und mit dem Abbau der in der Gegend vorkommenden Ressourcen zu beginnen, wurden die Taliban, denen auch Osama Bin Laden nahe stand, unterstützt, die 1994 als eine weitere Partei in diesen Krieg eintraten. Finanziert und materiell unterstützt wurden die Taliban durch den ISI, welcher zu diesem Zweck von den USA unterstützt wurde.

Nach den Anschlägen auf das World Trade Center am 11. September 2001, begannen die USA und die sich mit ihr solidarisierenden Staaten - darunter auch Deutschland - ihren "Krieg gegen den Terror". Schon am 7. Oktober 2001 starteten amerikanische und britische Streitkräfte mit der Operation Enduring Freedom die Bombardierung Afghanistans. Nach dem Angriff wurde beschlossen, das Land durch die Errichtung verschiedener so genannter Provincial Reconstruction Teams (PRTs) zu verwalten, eine demokratische Regierung zu installieren und es dem ausländischen Kapital durch rechtliche Absicherungen, durch die Besetzung wichtiger Schlüsselpositionen im neuen Staatsgebilde mit loyalen und politisch geschulten Kräften und durch eine militärische Okkupation des Landes zugänglich zu machen. Ob der afghanischen Bevölkerung unter sich auf Demokratie berufenden Herrschaftsträgern das widerfährt, was ihr Jahrzehnte lang verwährt blieb, nämlich Unversehrtheit und Freiheit vor Ausbeutung und Gewalt, scheint mehr als fragwürdig. Denn egal mit welcher Ideologie die Herrschaft über die afghanische Bevölkerung gerechtfertigt wurde, stets wurde sie von ihren Machthabern, wie eben auch schon zu Zeiten des Monarchen Amir Abdul Rhaman, ausgebeutet. So wird die so hoch gepriesene "Demokratisierung" Afghanistans und deren militärische Absicherung durch die westlichen Besatzungstruppen nicht zuletzt dazu dienen, seine viel geschundene Bevölkerung weiter auszubeuten, da auch das neue System nicht die Interessen der afghanischen Bevölkerung, sondern nur die ihrer Machthaber und deren ausländischer Verbündeter repräsentiert. Denn auch deren Engagement ist nicht dem Wohlergehen der afghanischen Bevölkerung gewidmet, wie sie es so oft propagieren, sondern findet viel mehr zum Zweck seiner Ausbeutung statt. Unter diesem Blickwinkel ist auch Deutschlands Engagement in Afghanistan zu betrachten, das nach 58jähriger Pause wieder an seine Tradition anknüpft und zur Durchsetzung seiner Interessen im Ausland nun erneut auf militärische Invasion und Okkupation zurückgreift, wie in diesem Beitrag besonders anhand der Rolle der Parteistiftungen und dem Aufbau des Polizeiwesens gezeigt werden soll.

Deutschland: mehr Kontinuität als Wandel

Immer wieder betont die BRD, wie sehr sie sich von ihrem Vorgängerstaat Nazideutschland unterscheidet. Dies mag womöglich für das neu entstandene politische System zutreffen, aber sicher nicht für die Besetzung hochrangiger Ämter, in denen viele ehemalige Nazi-Eliten wieder ihren Platz fanden. Dennoch schafft es die BRD hiermit erfolgreich, die Kontinuitäten früherer und heutiger expansionspolitischer Bestrebungen zu verwischen.

Nach dem "heldenhaften" Sieg der preußischen Truppen über Frankreich - mit deren Hilfe es den französischen Eliten im Übrigen auch gelang die sozialen Fortschritte der Pariser Kommune äußerst blutig niederzuschlagen - wurde am 18. Januar 1871 im Spiegelsaal von Versailles vom damaligen König Wilhelm I. das Deutsche Reich ausgerufen. Daraufhin folgte unter der Führung Kaiser Wilhelms II. der Erste Weltkrieg von 1914-1918 mit fast 10 Millionen Todesopfern und ca. 20 Millionen Verwundeten, dann die Weimarer Republik, die sowohl in ihren innenpolitischen Zielen, was an der blutigen Niederschlagung der Münchner Räterepublik zu sehen ist, als auch in ihren außenpolitischen Zielen, besonders was die deutschen Interessen in Afghanistan betrifft, kaum von ihrem repressiven und imperialistischen Kurs abwich. Nach dem Scheitern der Weimarer Republik wurde Deutschland weiterhin von den Interessen deutscher Groß- und Rüstungsunternehmen geleitet, diesmal unter der Vorherrschaft der

Nationalsozialisten, durch die mit dem Überfall auf Polen auch der Zweite Weltkrieg eingeleitet wurde. Nach der Gründung der BRD wurde eine neue Verfassung - das Grundgesetz - ausgearbeitet und einen Parteienstaat installiert, dessen vorrangigste Aufgabe es zu sein scheint, den Machtkampf der Parteien um die Führungsposition zu befriedigen und die innenpolitische Macht der Führungsriege gegenüber dem Volk zu sichern. Jüngste Entwicklungen wie die Einführung des Lauschangriffs und der Videoüberwachung öffentlicher Räume, das Anlegen einer Datenbank für genetische Fingerabdrücke, der Erlass von Sicherheitsgesetzen im Zuge des Kriegs gegen den Terror, "der Wandel des BGS von der paramilitärischen Organisation hin zu einer omnipräsenten Polizeitruppe"[1] - der Bundespolizei, bis hin zur Forderung, die Bundeswehr im Inland einzusetzen, machen dies deutlich. Außenpolitisch haben sich die Interessen nur marginal geändert, die Rahmenbedingungen enorm. Die diplomatischen und wirtschaftlichen Einflussmöglichkeiten haben sich durch den Trend zur "Demokratisierung" anderer Staaten von außen bzw. das vorangehende "nationbuilding" und die Schaffung neuer Absatzmärkte für den Kapitalismus erheblich verbessert. Die Besetzung anderer Länder stellt für deutsche Truppen seit sie im Rahmen der UNO, der NATO und seit neuestem auch der EU agieren, bislang weit weniger Probleme dar, als etwa vor 60 oder 90 Jahren.

Die folgende Arbeit setzt sich mit dieser Kontinuität deutscher Außenpolitik auseinander und versucht dies anhand der deutschen Bemühungen, in Afghanistan an Einfluss zu gewinnen, darzustellen. Selbstverständlich haben sich die Anreize für Deutschland seit den Bemühungen Kaiser Wilhelms II. in gewisser Hinsicht geändert. So sind es nicht mehr die Engländer in British India, die es zu bekämpfen gilt, heute sind es, neben der geostrategischen Lage Afghanistans, sicherlich auch die Rohstoffe der zentralasiatischen Region, die ausschlaggebend für Deutschlands Engagement in dieser Region sind. Darüber hinaus dürften zwei Resolutionen des US-Senats aus dem Jahre 1994, in denen es heißt, eine deutsche Beteiligung an UN-Einsätzen aller Art sei die Bedingung für eine amerikanische Unterstützung eines ständigen Sitzes Deutschlands im Sicherheitsrat, eine gewichtige Rolle bei der militärischen Besetzung Afghanistans spielen.[2] Weiterhin interessant für Deutschland dürfte allerdings auch der Versuch sein, Afghanistan für den Kapitalismus dingbar zu machen und somit möglichst vielen deutschen Firmen einen "Platz an der Sonne" zu bieten, womit ihnen darüber hinaus auch ein sicherer Sitz in der Nähe, für Europa wichtiger, Öl- und Gasvorkommen und deren Pipelines garantiert wird. Die Intensität der deutschen Einflussnahme auf Afghanistan hat sich keineswegs verringert und gipfelt heute in der militärischen Besetzung des Landes durch die Stationierung deutscher ISAF-Truppen in Afghanistans Norden.

Neben der militärischen Besetzung Afghanistans versucht Deutschland auf unterschiedlichsten Ebenen seinen Einfluss in Afghanistan zu manifestieren, was nicht zuletzt dann deutlich wird, wenn man sich die Vielzahl deutscher Institutionen in Afghanistan und in Deutschland betrachtet die einen wesentlichen politischen und wirtschaftlichen Einfluss auf Afghanistan ausüben. All diese Organisationen haben gemeinsam, dass sie bei der Neugestaltung Afghanistans versuchen, sich ein möglichst großes Stück an Einfluss zu sichern, um auch in Zukunft ihre und die Interessen des deutschen Staats umsetzen zu können - denn die internationale Konkurrenz in Afghanistan war schon immer sehr groß.

Diese Institutionen reichen von Bildungs- und Kulturinstitutionen wie der Amani-Oberrealschule Kabul, der Aisha-i-Durani-Schule Kabul, dem Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD), dem Goethe Institut Kabul und der Deutschen Welle in Afghanistan (DW), über Institutionen für Entwicklungszusammenarbeit wie dem Deutschen Entwicklungsdienst (DED), der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), sowie dem Bundesministerium für Entwicklung und Zusammenarbeit (BMZ) und seinem ausführenden Organ, der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), bis hin zu den Parteienstiftungen: Hier sind zu nennen die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS), die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES), die Friedrich-Naumann-Stiftung (FNS), die Heinrich-Böll-Stiftung (HBS) und die Hans-Seidel-Stiftung (HSS). Ferner mischen auch das Auswärtige

Amt (AA) und die deutsche Polizei, die dem Bundesministerium des Inneren (BMI) untersteht, kräftig in Afghanistan mit. Letztlich spielt natürlich noch das deutsche ISAF-Kontingent eine zentrale Rolle[3] - das Kommando Spezialkräfte (KSK), das vorwiegend im Süden des Landes aktiv am Enduring Freedom (EF) Einsatz und somit an der Kriegsführung gegen die Taliban und Truppen Hekmatyars beteiligt war, wurde vor wenigen Monaten wieder abgezogen.

Die Parteienstiftungen

Die Parteienstiftungen stellen eine Besonderheit der deutschen Entwicklungszusammenarbeit (EZ) dar. Während die GTZ ihre Aufträge vom BMZ erhält und nicht selbstständig agieren darf, haben die Parteienstiftungen über die ganze Welt verteilt Länderbüros eingerichtet, von wo aus sie ihre jeweilige Arbeit in der Region betreiben. Im Unterschied zum BMZ und dem DED, welche in ihrer Arbeit jeweils an die Vorgaben des AAs gebunden sind, steht es den Parteienstiftungen relativ frei, sich ihr Betätigungsfeld auszusuchen. Sie werden vom AA und der Regierung nicht daran gehindert politische Arbeit in Ländern zu verrichten, die aufgrund ihrer Klassifizierung mit den Förderungsrichtlinien des AAs kollidieren und somit nicht zu den offiziellen Nehmerländern gehören. Die Parteienstiftungen sind also nicht weisungsgebunden und unterstehen in ihrem Wirkungsfeld lediglich ihren eigenen Richtlinien und Interessen. Der enorme Vorteil, der sich daraus für das deutsche EZ-System ergibt, besteht darin, dass Parteienstiftungen in den jeweiligen Ländern nicht als staatliche Vertreter auftreten, aber durchaus staatliche Interessen wahrnehmen können.

Finanziert werden die parteinahen Stiftungen überwiegend aus Mitteln des Bundes und der Länder (KAS zu 97,3%), sowie aus öffentlichen Zuwendungen, die zur Projektfinanzierung (KAS zu 2,3%) dienen und zum Teil aus Mitteln des AA, des BMI und des BMZ bestritten werden. Die privaten Einnahmen (Fondserträge und Spenden) sind relativ gering (KAS zu 0,4%). Aus rechtlichen Gründen sind die parteinahen Stiftungen strikt von den Parteien getrennt, stehen ihnen aber ideologisch sehr nahe. So homogen die deutsche Parteienlandschaft mit den zwei großen Volksparteien auch erscheinen mag, so nützlich ist es für die Parteienstiftungen, bei ihrer EZ sich auf gewisse Eigenheiten im Programm der Parteienstiftungen zu berufen, um mit lokalen Gruppen zusammenarbeiten zu können. Während die KAS eher Kontakte zu christlichen Gruppierungen unterhält (Palästina), versucht die FES eher mit gewerkschaftsnahen und säkularisierten Gruppen zusammenzuarbeiten. Allgemein kann aber gesagt werden, dass es das vorrangigste Anliegen aller Parteienstiftungen ist, an der Staatenbildung und der "Demokratisierung" sowie beim Export deutscher Wert- und nicht selten auch Kulturvorstellungen mitzuwirken, Nehmerländer indirekt und direkt kapitalismusfähig zu gestalten und ihren eigenen Einfluss in der dortigen Region auszubauen und zu festigen. So scheinen die Parteienstiftungen in ihrem Eifer vom Wahlspruch geprägt zu sein: "was gut für Deutschland ist, ist auch gut für die Welt".

Die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) in Afghanistan

Die KAS steht der CDU nahe und unterhält seit 2002 ein Länderbüro in Kabul. Zu ihren politischen Zielen in Afghanistan heißt es auf ihrer Homepage: "Die Konrad Adenauer Stiftung ist eine politische Stiftung der Bundesrepublik Deutschland, die mit ihren Programmen und Projekten einen aktiven und wirksamen Beitrag zur internationalen Zusammenarbeit und Verständigung leistet. Mit ihrer Arbeit in Afghanistan will die Konrad Adenauer Stiftung einen langfristigen Beitrag zum Friedensprozess und zum Aufbau eines demokratischen Rechtsstaates leisten und die Entwicklung einer sozialen und ökologisch verantwortlichen Marktwirtschaft unterstützen." [4] Die KAS leistete in den Jahren 2002 und 2003 beratende Unterstützung bei der Ausarbeitung der afghanischen Verfassung und konnte so maßgeblichen Einfluss auf die Anpassung Afghanistans ans westliche Rechts- und Wirtschaftssystem nehmen. Ihre

Zusammenarbeit mit dem National Center for Policy Research umfasst drei Themengebiete: (1) Staatsbildung, Entwicklung eines demokratischen Rechtsstaates; (2) Wirtschaft; und (3) Gesellschaft und Friedensprozess. Punkt (1) umfasst Aufgabenschwerpunkte wie "Akzeptanz und Entwicklung von Demokratie in Afghanistan", "Wahlen und Wahlsysteme" und "Entwicklung des Rechtsstaates", so wie andere. Punkt (2) sieht vor, soziale Marktwirtschaft als Wegbereiter für den "Wiederaufbau" der Wirtschaft in Afghanistan zu etablieren, Einfluss auf die künftige Fiskalpolitik zu nehmen, sowie die Rolle kleiner und mittlerer Unternehmen im Rahmen der Planung des wirtschaftlichen "Wiederaufbaus" zu berücksichtigen. Unter Punkt (3) will die KAS die Rolle der Frauen in der EZ berücksichtigen. Weiterhin macht sie unter diesem Punkt eine Entwaffnung der Milizen zur Ausgangsbedingung für Frieden.

Zur Demokratiehilfe und den Marktöffnungsversuchen der KAS ist zu bemerken, dass demokratische Elemente der afghanischen Gesellschaft, so wie die Loya Djirga und die traditionelle Vertretung der Bevölkerung im Kleinen, durch eine solche "Demokratisierung" und durch die Einführung eines kapitalistischen Wirtschaftssystems seitens des Westens untergraben, marginalisiert und nicht zuletzt verdrängt werden. Auch muss bedacht werden, dass die politische Elite in Kabul nur begrenzten Einfluss auf die Provinzen hat, was in einem demokratischen Verständnis, in dem es auch um die Teilung der Macht geht, durchaus der Zentralisierung der Macht vorzuziehen ist. Die Wahl politischer Abgeordneter und Parteien scheint zwar auf den ersten Blick der Bevölkerung gewisse Freiheiten einzuräumen, allerdings liegt es auch im Wesen politischer Parteien, sich dahingehend zu wandeln (wenn sie nicht schon in diesem Verständnis zur Wahl angetreten sind), in einem politischen Machtkampf um den Führungsanspruch zu versinken und die Interessenvertretung der Bevölkerung zu vergessen. Die Entwicklung des Rechtsstaates ist für den deutschen Einfluss von besonderer Bedeutung, denn durch ihn kann die afghanische Bevölkerung an ihre Pflichten erinnert werden, bei Verletzung derselbigen sanktioniert werden und natürlich regelt der Rechtsstaat, wie auch in Deutschland, stets das Verhältnis von Herrschenden und Beherrschten. Des weiteren garantiert die Existenz eines Rechtsstaates stets gewisse Sicherheiten, wenn nicht sogar rechtlich abgesicherte Vorteile sowohl für inländische, als auch für ausländische Kapitalunternehmen. Als ein gravierendes Beispiel sei an dieser Stelle auf den Erlass eines Bankengesetzes der Karzai-Regierung vom 24.9.2003 hingewiesen, das es ausländischen Investoren erlaubt, 100% Eigentum an inländischen Banken zu besitzen. Der Versuch der Errichtung einer sozialen Marktwirtschaft in Afghanistan und deren rechtliche Verankerung heißt also am Ende nichts anderes, als der afghanischen Bevölkerung einen Kapitalismus aufzuoktroieren und ihr ein Korsett anzulegen, ohne ihr jemals die freie Entscheidung gelassen zu haben, in welcher Art Wirtschaftssystem sie leben möchte.

Bei der Umsetzung ihrer politischen Ziele in Afghanistan setzt die KAS auch auf ihre Arbeit im Medienbereich - in Form der Zusammenarbeit mit der nationalen afghanischen Medienanstalt RTA, über diese sie Zugang zu einer breiteren Bevölkerungsschicht erlangt.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) in Afghanistan

Die FES steht der SPD nahe. Ihre erklärten Ziele sind es, "Demokratie und Entwicklung weltweit [zu] fördern, zu Frieden und Sicherheit bei[zu]tragen, die Globalisierung solidarisch [zu] gestalten und die Erweiterung und Vertiefung der Europäischen Union [zu] unterstützen."^[5] Zu diesem Zweck unterhält die FES 88 Länderbüros in sechs Weltregionen. "Über Projekte in mehr als 100 Ländern begleitet die Stiftung aktiv den Aufbau und die Konsolidierung zivilgesellschaftlicher und staatlicher Strukturen zur Förderung von Demokratie und sozialer Gerechtigkeit, starker und freier Gewerkschaften sowie das Eintreten für Menschenrechte und die Gleichstellung der Geschlechter." Auch in Afghanistan ist die FES mit missionarischem Eifer aktiv, wo sie, wie viele andere Helferinnen und Helfer, ein Büro in Kabul unterhält.

Dass die FES nicht danach fragt, ob und wie stark die zu missionierenden Länder in den Prozess der Globalisierung eingebunden werden wollen, versteht sich schon beinahe von selbst. Auch beruft sich die FES bei der Umsetzung ihrer Ziele auf Wertvorstellungen, deren Wurzeln nicht zuletzt in der europäischen Aufklärung des 17. und 18. Jahrhunderts, sowie in einer darauf aufbauenden, vom Kapitalismus geprägten Moderne (Produktion) und Postmoderne (Ausfunktionalisierung der Gesellschaft und Schaffung neuer Absatzmärkte für kapitalistische Unternehmen) der westlichen Welt, und in diesem Fall speziell Deutschlands, verankert sind. Mit dem Bestreben solche Wertvorstellungen nach Afghanistan zu exportieren und diese dort durch die Rekrutierung und Unterstützung lokaler Akteure zu implementieren, versucht die FES zum einen, durch die Anpassung Afghanistans an deutsche Wert-, Rechts-, Politik- und Wirtschaftsvorstellungen den deutschen Einfluss auf dieses Land zu sichern. Zum anderen versucht sie durch ihre Zusammenarbeit mit den von ihr unterstützten Akteuren, ihren persönlichen Einfluss in diesem Land auf lange Zeit zu sichern.

Die FES unterteilt ihre Arbeit in Afghanistan in sechs Arbeitsbereiche: (1) Die Rekrutierung einer politischen Elite innerhalb der afghanischen Jugend - Young Leaders' Forum (YLF); (2) Frauen und Politik - Women and Politics; (3) Die Unterstützung und Bildung demokratischer Reformgruppen - Democratic Reform Groups; (4) Die Heranbildung einer vielfältigen und selbstbewussten Zivilgesellschaft - Civil Society; (5) Die Gewerkschaften - Trade Unions; (6) Staatsbürgerliche Erziehung - Civic Education.

Young Leaders' Forum (YLF)[6]

Ziel des YLF-Projekts ist es, außergewöhnliche Jugendliche darauf vorzubereiten, durch die Schulung von Führungsqualitäten, am Prozess des nation building ihres Landes mitzuwirken. Die Jugendlichen nehmen an regelmäßigen wöchentlichen Treffen teil, um in den Bereichen Management, Mitarbeiterführung (leadership) und Journalismus ausgebildet zu werden. Zur Zeit besteht das YLF aus 28 Jugendlichen. Wie bei den von Deutschland finanzierten Schulen, der Amani-Oberrealschule in Kabul und der Aisha-i-Durani-Schule in Kabul, in denen ab Klasse vier Deutsch als erste Fremdsprache unterrichtet wird und in denen ab der Sekundarstufe Deutsch Unterrichtssprache für naturwissenschaftliche Fächer sein wird, hat auch das YLF-Projekt zum Ziel eine zukünftige Elite heranzubilden, die deutsche Interessen in Afghanistan vertreten wird.[7]

Women and Politics[8]

Mit der Verabschiedung der afghanischen Verfassung durch die Constitutional Loya Jirga im Dezember 2003, wurde eine Frauenquote von 25% für das afghanische Parlament festgelegt. Da nur sehr wenige Frauen (wie auch sehr wenige Männer) Erfahrungen im Bereich der "politischen Arbeit" (formellen Politik) aufweisen und oftmals ein enormes Wissensdefizit im Bereich politischer Institutionen vorherrscht, hat es sich die FES zum Ziel gesetzt, Frauen in den Bereichen Wahlkampagnenstrategien, Führungsqualitäten, politischer Parteilarbeit und Frauenrechte zu schulen.

Durch die Unterstützung und politische Bildung der in der öffentlichen Politik aktiven Frauen ist die FES also in der Lage, indirekten Einfluss im afghanischen Parlament und in der afghanischen Regierung auszuüben. Durch eine Forderung der Gleichstellung der Frauen, nach in der westlichen Emanzipation verankerten Mustern, benutzt die FES afghanische Frauen als politisches Instrument, versucht einen Entwicklungsprozess nach westlichem Vorbild zu gestalten und macht die Frauen dabei wieder zum Spielball der machtpolitischen Auseinandersetzungen zwischen Stadt und Land: "Historisch wie aktuell fungiert die Frauenfrage in Afghanistan nicht nur als Medium und Instrument für Staatsbildungsbemühungen und antistaatliche Resistenzen, sondern auch als bevorzugte Anschlussstelle für internationale Einflussnahmen." [9]

Stadt und Land und die Rolle der Frauen als Spielball politischer Mächte

Die etwa 2000 Jahre alte Stadt Kabul wurde 1776 zur Hauptstadt Afghanistans. "Seitdem ist die Stadt das Hauptziel der Angriffe inländischer Machthaber und ausländischer Eroberer gewesen. Ausgehend von der Mentalität der asiatischen Despotie, dass, wer das Zentrum der Macht unter seine Kontrolle bringt, im ganzen Land herrscht, haben in den letzten 250 Jahren despotische Könige, verwöhnte Prinzen und machtbesessene Fürsten Kabul brutal angegriffen, das Machtzentrum eingenommen, es gegen andere verteidigt und schließlich wieder aufgegeben." [10] Der politische Machtkampf des Zentrums gegen die Peripherie spielte beim Putsch der Demokratischen Volkspartei Afghanistans (DVPA) 1978, der Besetzung Kabuls durch provinzielle islamistische Gruppen 1992 und dem Versuch westlicher Länder, Afghanistan von Kabul aus eine westliche Demokratie aufzuoktrozieren, eine bedeutende Rolle.

Gerade der Rolle der Frauen kommt eine Schlüsselfunktion in diesen machtpolitischen Auseinandersetzungen zu und der Versuch verschiedener Gruppen (DVPA, Taliban, westliche Besatzer), sie zu instrumentalisieren spiegelt sich in diesem Machtkampf wider. Konkurrenten in der heutigen Auseinandersetzung sind die um nation-building bemühte Regierung und die tribalen religiösen Gemeinschaften der Peripherie. "Mit der Zentralisierung des Rechts und einer einheitlichen Reglementierung der Geschlechterverhältnisse versucht der Staat in Bereiche einzugreifen, die zuvor der ausschließlichen Kontrolle durch die primären Gemeinschaften unterworfen waren, und so seinen hegemonialen Machtanspruch durchzusetzen. Für die primären Solidargemeinschaften hingegen vermag die Kontrolle über 'ihre' Frauen, die Identität und Integrität der Gemeinschaften symbolisieren, zum zentralen Ausdruck des Widerstandes gegenüber einem als 'fremd' und autoritär wahrgenommenen Staat zu werden." [11] Durch ihre Bemühungen zur Gleichstellung der Geschlechter in Afghanistan nimmt die FES erheblichen Einfluss auf diesen Machtkampf und macht nicht zuletzt die afghanischen Frauen zum Spielball desselbigen. Zum einen ignoriert die FES den Einfluss afghanischer Frauen innerhalb tribaler und religiöser Gemeinschaften, also dem nicht öffentlichen Leben, denn für sie kann Gleichstellung nur in einer nach westlichem Muster ausfunktionalisierten Gesellschaft stattfinden. Zum anderen trägt die FES, durch den Versuch solche Strukturen aufzubrechen dazu bei, dörfliche Gemeinschaften zu zerstören, über kurz oder lang einen neuen Pool an Arbeitskräften für den Billiglohnsektor zu schaffen und die Frauen ihrer bisherigen Rechte in den dörflichen und religiösen Gemeinschaften zu berauben.

Mag ein Zuspruch an politischen Freiheiten für die Frauen der Kabuler Oberschicht von Vorteil sein, so stellt sich dennoch die Frage, was einem Großteil der afghanischen Frauen das Recht nutzt, ein öffentliches politisches Amt zu begleiten. Zumal viele gar nicht den Anspruch darauf erheben und nur ein Bruchteil der afghanischen Frauen dieses Recht in Anspruch nehmen kann. Weiterhin stellt sich die Frage, was es ihnen nützt bei demokratischen Wahlen für ein Partei [12] zu stimmen, wenn sie dafür jegliche Einflussmöglichkeiten (informelle Politik) in ihrer bisherigen Gesellschaftsordnung aufgeben müssen, da diese Art der Gesellschaftsordnung nicht mehr kapitalismus- und nach westlichem Muster auch nicht demokratiefähig ist. Eine Gleichstellung der afghanischen Frauen wird es zwar in Bezug auf formal rechtliche Aspekte einer Demokratie geben, wenn Frau und Mann gleichberechtigt für eine Partei ihrer Wahl stimmen können, ökonomisch wird diese Gleichstellung aber ebenso wenig wie in Deutschland stattfinden und ein Zurück zu den alten Einflussmöglichkeiten wird für die afghanischen Frauen nicht mehr möglich sein.

Die Sicherung deutscher Interessen durch deutsche Polizisten [13]

Während Deutschland bei der Errichtung einer repräsentativen Parteiendemokratie und

der Errichtung eines kapitalistischen Wirtschaftssystems in Afghanistan federführend mitwirkt, wäre es aus Sicht der deutschen Eliten grob fahrlässig, bei der Absicherung dieser neu installierten Systeme nicht auch maßgeblich beteiligt zu sein - zumal Deutschland in der Geschichte seines Engagements in Afghanistan auf eine lange Tradition bei der Herausbildung und Unterstützung des dortigen Polizeiwesens zurückblicken kann. Weil es in Afghanistan zu Anfang des letzten Jahrhunderts keine Ausbildungsstätte für Polizisten gab, wurde eine solche Mitte der 30er Jahre mit deutscher Hilfe errichtet.

So gibt auch das BMI an, dass die deutsch-afghanische Kooperation im Polizeiwesen an eine lange Tradition anknüpfe, denn deutsche Polizeioffiziere seien schon in den 50er, 60er und 70er Jahren des 20. Jahrhunderts in Afghanistan aktiv gewesen. Dies ist zwar nicht falsch, betrachtet man aber die BRD als Nachfolgestaat sowohl des Wilhelminischen Reiches, der Weimarer Republik als auch des Dritten Reiches, so muss der Zeitraum für die ersten deutschen militärischen Bemühungen in Afghanistan auf das Jahr 1903 zurückdatiert werden. In diesem Jahr lieferte Deutschland 12 Gebirgs-Schnellfeuergeschütze, 18 Feldgeschütze und 2 Haubitzen mit Munition nach Afghanistan. Am 30. September 1915 erreichte eine deutsche Militärexpedition, unter der politischen Leitung von Werner Otto von Hentig und unter der militärischen Leitung von Oberstleutnant Oskar von Niedermayer, Kabul.[14] Diese hatte zum Ziel, eine Revolution in dem von den Engländern besetzten Indien anzuzetteln, sollten diese als Gegner Deutschlands im Ersten Weltkrieg auftreten. "Am 21. April 1924 trafen insgesamt 41 deutsche Offiziere in Kabul ein. Sie wurden als Berater und Ausbilder in der Militärakademie sowie als Piloten und Techniker in der Luftwaffe eingesetzt." [15] Als es 1924 zu einem Aufstand kam, flog der deutsche Pilot Dr. Weiss auf Ersuchen des damaligen Königs Amanullah mehrere Male in das Aufstandsgebiet und warf dort Bomben ab. "Vor dem Zweiten Weltkrieg übten deutsche pensionierte Heeresoffiziere eine Lehrtätigkeit an der afghanischen Kriegsakademie aus. Ebenfalls in dieser Zeit wurden faschistische Polizeioffiziere nach Afghanistan gesandt.[16] An diese Tradition knüpfte die BRD an, indem sie von 1957 bis Ende der 70er Jahre finanzielle Unterstützung für das afghanische Polizeiwesen leistete, Afghanistan mit Waffen und Ausrüstung versorgte (1976/77 im Wert von 2 Mi. DM), dort deutsche Polizisten und Polizeioffiziere zur Ausbildung unterhielt und für afghanische Polizisten Schulungen in Deutschland abhielt.

Der gegenwärtige deutsche Polizeieinsatz als Anknüpfung an eine alte Tradition

Zu Beginn des Jahres 2002 hat die Bundesrepublik Deutschland die internationale Führungsrolle für den Wiederaufbau der afghanischen Polizei übernommen. Seit April 2002 existiert in Kabul ein deutsches Projektbüro, in dem 36 Polizeivollzugsbeamte und -beamtinnen aus Bund (BKA und ehemals BGS) und Ländern tätig sind. Im Jahr 2004 errichtete die BRD zwei Außenstellen des Projektbüros in Kunduz und Herat, am 28.2. 2005 errichtete sie eine weitere Außenstelle in Feyzabad. Diese werden durch eine Projektgruppe im BMI unterstützt.

Diese Möglichkeit der Einflussnahme seitens des BMI basiert auf einem Sitz- und Statusabkommen vom 15. März 2002, das die Ausbildungs- und Ausrüstungshilfe der BRD in Afghanistan regelt. Für die Jahre 2002 und 2003 lies sich die deutsche Bundesregierung ihre Einflussnahme auf das afghanische Polizeiwesen insgesamt 24 Mio. € kosten. Am 19. Mai 2004 lies das BMI verlautbaren: "Deutschland wird, wie bereits in den vergangenen Jahren, einen erheblichen Beitrag zum Wiederaufbau der afghanischen Polizei leisten und in den nächsten vier Jahren knapp 60 Millionen US\$ bereitstellen." [17] Als Aufgabenschwerpunkte der deutschen Polizei nennt das BMI die Beratung der afghanischen Sicherheitsbehörden, die Schulung und Ausbildung afghanischer Polizeirekrutinnen und -rekruten in den Bereichen, Drogen- und Terrorismusbekämpfung, Grenzsicherung sowie die Umsetzung der bilateralen polizeilichen Ausstattungshilfe.

Zentral für die Aus- und Heranbildung des Polizeinachwuchses, also den Aufbau des

Polizeiwesens, ist die Entsendung von Ausbildungsberatern an die Polizeiakademie nach Kabul. Der Wiederaufbau der Akademie wurde mithilfe des Technischen Hilfswerks vollzogen und aus Mitteln des Stabilitätspakts Afghanistan von der rot-grünen Bundesregierung finanziert. Die dortigen Ausbildungsberater unterstehen in ihrer Funktion als deutsche Polizisten dem BMI. Vorrangig werden an der Akademie, wie auch Mitte der 30er Jahre des vorherigen Jahrhunderts, viele der Polizisten aus den ehemaligen Streitkräften heranrekrutiert und auf ihre Arbeit vorbereitet. Von Anfang 2002 bis Januar 2004 durchliefen dort 2.000 Rekruten eine Ausbildung, weitere 1.500 pro Jahr sind geplant.

Großzügig wurde Afghanistan auf einer internationalen Konferenz im Februar 2002 die Entsendung von 40 Kraftfahrzeugen zur Unterstützung der dortigen Polizeikräfte zugesagt. Zur Einweisung in deren Benutzung, Instandhaltung und Wartung, wurden im März 2002 weitere Bundesbeamte, diesmal Beamte des BGS, nach Afghanistan entsandt. Im Oktober 2003 lieferte die Bundesregierung weitere 83 Polizeifahrzeuge im Wert von rund drei Millionen Euro. Laut Informationen der Homepage des BMI wurden bislang 800 Kfz nach Afghanistan geliefert.[18]

Die Akzeptanz der von Deutschland ausgebildeten Polizei in der Bevölkerung scheint allerdings sehr gering zu sein, was nicht zuletzt durch immer wieder auftretende Proteste gegen Polizei und Polizeistationen deutlich wird.

Deutsche strömen nach Afghanistan, aber für Afghanen ist kein Platz in Deutschland

Am 28. Januar 2004 empfing der ehemalige Bundesinnenminister Otto Schily seinen damaligen afghanischen Kollegen Ali Ahmad Jalali zu einem Gespräch in Deutschland. Dessen Schwerpunkt war neben dem Aufbau der afghanischen Polizei und der Rauschgift- und Terrorismusbekämpfung auch die Rückführung afghanischer Flüchtlinge. Auf der Homepage des BMI heißt es: "Für die in Deutschland lebenden ausreisepflichtigen afghanischen Staatsangehörigen haben Bund und Länder ein Rückführungskonzept erarbeitet. Abhängig von der Sicherheitslage vor Ort sowie von aufenthaltsrechtlichen Kriterien soll möglichst noch in diesem Frühjahr mit der Rückführung begonnen werden. Freiwillige Rückkehrer werden mit deutschen und europäischen Rückkehrprogrammen unterstützt." [19] Schily bat Afghanistan um konstruktive Zusammenarbeit bei der Rückführung und Karzai betonte bei seinem Deutschland-Besuch, dass eben diese Menschen wertvolle Dienste beim Wiederaufbau Afghanistans leisten könnten. "Der deutsche und der afghanische Innenminister waren sich bei ihrem Gespräch darüber einig, dass Bürgerkriegsflüchtlinge stets nur auf die Zeit Zuflucht erhalten sollen, für die in ihrer Heimat eine Gefahrenlage besteht." [20] Sollte die Gefahrenlage in Afghanistan ausschlaggebend für die Ausweisung afghanischer Flüchtlinge sein, so müsste ihnen aber ein unbegrenztes Bleiberecht in Deutschland gewährt werden. Nicht zuletzt deswegen weil der "Krieg gegen den Terror" für die "westliche Allianz" immer noch auf externem Territorium stattfindet und Übergriffe der Taliban und US-Luftangriffe, zwei Jahre nach Schilys Vereinbarung mit Jalali, in Afghanistan immer noch zivile Opfer, so genannte "Kollateralschäden" fordern.

Die schwersten Gefechte im Süden Afghanistans, seit dem Sturz der Taliban, bei denen in der zweiten Maihälfte mehr als 350 Menschen ums Leben kamen, sowie Anschläge im Norden und die von mehreren hundert Taliban gestürmte Polizeikaserne in der südafghanischen Stadt Chora deuten nicht daraufhin, dass die Lage in Afghanistan ruhig und friedlich ist. Selbst die Hauptstadt Afghanistans, Kabul - Sitz vieler internationaler NGOs -, das immer wieder repräsentativ für die Lage in Afghanistan herangezogen wird, ist von massiven Unruhen betroffen. Die nach einem Unfall eines US-Militärkonvois ausgelösten Schüsse führten zu Ausschreitungen und Protesten in Form von Demonstrationen, Sachbeschädigungen, Plünderungen und Brandstiftungen - auch in Büros internationaler Hilfsorganisationen, sowie zu Schießereien. Diese Proteste hatten

zur Folge, dass in Kabul Panzer auffahren und die Regierung Karzais eine Ausgangssperre von 22 bis vier Uhr morgens über Kabul verhängte. ISAF-Truppen wurden angewiesen sich im Hintergrund des afghanischen Militärs und der afghanischen Polizei zu halten, um die Bevölkerung nicht unnötig zu provozieren (siehe Kasten).

Trotz dieser prekären Sicherheitslage gab es im Mai letzten Jahres alleine in Hamburg 3000 "ausreisepflichtige" Afghaninnen und Afghanen von denen 2000 Asyl beantragt hatten. Allerdings ging man davon aus, dass diese kein Asyl erhalten. "Humanitär mag die Lage vor Ort schwierig sein. Die Sicherheitslage ist jedoch so, dass abgeschoben werden kann", so Innensenator Udo Nagel.[21]

"Afghanistan steht eine große Zukunft bevor:

reich an Bodenschätzen und Naturprodukten, ruft das Land nach Industrialisierung. Dieser Prozeß hat inzwischen begonnen. Erfahrungsgemäß wirkt er sich auf die Menschen aus, nicht immer in günstigem Sinne. Einer solchen Entwicklung kann nur eine bestens geschulte Polizeiführung Herr bleiben." [22] Wohl kaum ein anderes Zitat als dieses aus dem Jahre 1957 könnte die immer noch anhaltende deutsche Interessenpolitik in Afghanistan und ihr Engagement beim Aufbau der afghanischen Polizei besser beschreiben.

Während in Afghanistan unter dem Deckmantel der "Demokratisierung" eine westliche Interessenvertretung installiert wird, an der nicht nur die KAS und die FES beteiligt sind, ist es von Nöten, die neu gewonnenen Einflussinstrumente zu sichern, was in guter deutscher traditioneller Manier durch den Aufbau des afghanischen Polizeiwesens versucht wird. Durch die Installation einer "Demokratie" in Afghanistan wird gerade von den Geburtshelfern dieser neuen "Demokratie" die afghanische Bevölkerung von politischen Entscheidungsprozessen fern gehalten und der afghanische Markt für die Großunternehmen der westlichen Industrieländer geöffnet. Sicher wird es schwierig werden sich dieses Korsetts zu entledigen, gerade weil die zentrale Aufgabe afghanische Polizei, die unter deutscher Anleitung aufgebaut wird und insbesondere auch der militärischen Besetzung des Landes, bei der Deutschland mit bis zu 2850 Soldaten das größte ISAF-Truppenkontingent stellt, den Aufbau eines westlichen Interessen dienenden Staatsgebildes militärisch abzusichern. Die wachsenden Konflikte zwischen Besatzern und Bevölkerung zeigen aber, dass die Mehrheit der Afghanen nicht gewillt ist, dies kampflos hinzunehmen.

Anmerkungen:

[1] Harder, Martina: Polizeisoldaten. Die Erweiterung des Einsatzspektrums des Bundesgrenzschutz. IMI-Magazin Ausdruck Dez. 2005

[2] Cremer, Uli: Deutschland eine Vetomacht: Vor einem Sitz im Sicherheitsrat oder Realitätsverlust rot-grüner Außenpolitik.

[3]

http://www.kabul.diplo.de/de/Deutsche__Institutionen__in__Afghanistan__Seite.html

[4] Länderbüro Afghanistan in: <http://www.kas.de/>

[5] <http://www.fes.org.af/index.html>

[6] <http://www.fes.org.af/YLF.html>

[7] <http://www.afghan-aid.de/durani>

[8] <http://www.fes.org.af/womenplitics.html>

[9] Kreile, Renate: Befreiung durch Krieg? Frauenrechte in Afghanistan zwischen Weltordnungspolitik und Identitätspolitik. S. 104

[10] Samimy, Said Musa: Afghanistan - Tragödie ohne Ende? S. 123

[11] Kreile, Renate, S. 105f.

[12] "Die Pluralität der Parteien funktioniert als Sicherung und Absicherung nur, wenn die Parteien keine Umschlagstelle des gesellschaftlichen Kampfes mehr sind - selbst auf der

- Distributionsebene nicht." In: Agnoli, Johannes. Die Transformation der Demokratie.
- [13] Polizeiliche Aufbauhilfe in Afghanistan in: <http://www.bmi.bund.de/>
- [14] Baraki, Matin: Die Beziehungen zwischen Afghanistan und der Bundesrepublik Deutschland 1945-1978. S. 8-19
- [15] Ebenda, S. 525
- [16] Ebenda. S. 526
- [17] Innere Sicherheit in Afghanistan unter deutscher Führung weiter stabilisieren in: <http://www.bmi.bund.de/>
- [18] Polizeiliche Aufbauhilfe in Afghanistan. In: <http://www.bmi.bund.de/>
- [19] Schily: Aufbau der afghanischen Polizei wichtig für Sicherheit weltweit. In : <http://www.bmi.bund.de/> (28. 1.04); Hervorhebung des Verfassers.
- [20] Schily: Aufbau der afghanischen Polizei wichtig für Sicherheit weltweit, BMI, 28.01.2004.
- [21] Abschiebung afghanischer Flüchtlinge beginnt Mittwoch in: www.welt.de
- [22] Karl-Heinz Henkel, Der König Saher schickte sie, in: Der Tag, Berlin/West, vom 12.1.1957. Zitat in: Baraki, Matin: Die Beziehungen zwischen Afghanistan und der Bundesrepublik Deutschland 1945-78

"Strikte Trennung" von "militärischen und zivilen Aufgaben" gefordert - Erklärungen vom Deutschen Roten Kreuz und von Caritas international

Quelle: <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Afghanistan/caritas2.html>

Caritas international plädiert für Kurswechsel deutscher Afghanistan-Politik

"Strikte Trennung ziviler und militärischer Aufgaben notwendig"

Freiburg, 13. Juni 2007. Für einen Kurswechsel in der deutschen Afghanistan-Politik plädiert Caritas international. Die Instrumentalisierung der humanitären Hilfe für militärische Zwecke habe dazu geführt, dass auch die humanitären Helfer zunehmend zwischen die Fronten gerieten. Darauf machte das Hilfswerk der deutschen Caritas anlässlich der Vorstellung des Jahresberichts 2006 aufmerksam. In den vergangenen Jahren waren zehn Mitarbeiter von Caritas-Projektpartnern in Afghanistan ums Leben gekommen.

Caritas international fordert eine strikte Trennung der Aufgaben von militärischen und zivilen Aufgaben. Jeder solle das tun, was er am besten könne: Die Bundeswehr für Sicherheit sorgen, die Hilfsorganisationen für den Wiederaufbau. Caritas international plädiert dafür, das Mandat von ISAF und Bundeswehr zu überprüfen. Die Verantwortung für Militäroperationen müsse so bald wie möglich in die Hände der Vereinten Nationen übergeben werden, damit in Afghanistan nicht der Eindruck entstehe, das Land sei von westlichen Staaten besetzt.

Caritas international hat im vergangenen Jahr in Afghanistan Projekte im Umfang von 1,86 Millionen Euro umgesetzt. Das Land am Hindukusch zählt damit gemeinsam mit Kongo, Burundi, Kolumbien, Indien und Rumänien zu den Schwerpunktländern des Hilfswerkes der deutschen Caritas. Insgesamt standen Caritas international im vergangenen Jahr 54,75 Millionen Euro für Hilfsprojekte zur Verfügung. Mehr als 50 Prozent der laufenden Projekte konnten aus privaten Spenden finanziert werden. Die Verwaltungskosten lagen bei 6,4 Prozent.

Mittwoch, 13. Juni 2007

Caritas international, Presse-Information

Afghanistan: Unsicherheit für die Bevölkerung und die Helfer nimmt immer mehr zu

Deutsches Rotes Kreuz, Pressemitteilung

Berlin, 13. Juni 2007

Die Lebensumstände für die Menschen in Afghanistan haben sich im Vergleich zu vor einem Jahr drastisch verschlechtert. Bombenanschläge und Selbstmordattentate machen es ihnen fast unmöglich, ein annähernd normales Leben zu führen. "Die Bevölkerung braucht unsere Hilfe, um zu überleben", sagt Dr. Rudolf Seiters, Präsident des Deutschen Roten Kreuzes.

Wiederaufbau und Entwicklungshilfe sind entscheidend für Afghanistan – doch durch den anhaltenden bewaffneten Konflikt benötigen immer noch viele Menschen Nothilfe.

Um Respekt und Toleranz gegenüber den Hilfsorganisationen auch aufrechterhalten zu können, sollte humanitäre Hilfe klar von militärischer getrennt werden. "Wenn Soldaten als Helfer auftreten, kann dies die Neutralität der humanitären Hilfe gefährden - und somit auch das Leben der Helfer. Daher fordern wir klare Grenzen zwischen Militär und Helfern", sagt Dr. Rudolf Seiters.

Gemeinsam mit dem Afghanischen Roten Halbmond, der Internationalen Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung und dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz wird auch das Deutsche Rote Kreuz (DRK) diese Unterstützung für die Not leidenden Menschen in Afghanistan leisten.

Das Deutsche Rote Kreuz engagiert sich seit 1988 in Afghanistan. In den vergangenen Jahren hat das DRK die medizinische Versorgung in Basisgesundheitsstationen unterstützt, Trainingsmaßnahmen zur vorbeugenden Gesundheitsversorgung durchgeführt und Projekte betreut, die Nahrungsmittelhilfe oder den Bau von Brunnen, Latrinen und Müllsammelstellen umfassten.

Quelle: <http://www.die-linke.de/index.php?id=270>

Bundeswehreinsätze in Afghanistan beenden!

Beschluss des Gründungsparteitags der Partei DIE LINKE am 16. Juni 2007

Der Deutsche Bundestag wird aufgefordert, die Mandate für den Einsatz der Bundeswehr zu beenden und die Soldaten aus Afghanistan abzuziehen.

Die Militäreinsätze in Afghanistan sind moralisch unverantwortlich, politisch und militärisch gescheitert.

Deutschland hat sich Schritt für Schritt tiefer in den Krieg hinein begeben und wird in Afghanistan mittlerweile als Besatzungsmacht wahrgenommen. Besonders der Einsatz der Tornados und das Mandat für die KSK machen dies überdeutlich. Die Bundesregierung und die NATO planen jedoch, weiteres Militär einzusetzen. Das führt zu mehr Not, Elend, getöteten und verletzten Menschen.

DIE LINKE fordert, den Weg vom Militär zurück zur Politik einzuschlagen. Das beginnt mit dem Rückzug der deutschen Soldaten. Darüber muss der Bundestag im September und Oktober entscheiden. Die Erfahrungen anderer Kriege zeigen, dass Demokratie und Frauenrechte nicht durch Gewalt von außen erzwungen, sondern nur durch eine demokratische Entwicklung im Inneren entwickelt werden können. Krieg oder Frieden Deutschland steht erneut am Scheideweg. Unsere Freiheit wird nicht am Hindukusch verteidigt. Die NATO und mit ihr deutsches Militär am Hindukusch verspielen die Möglichkeiten der Politik und gefährden die Sicherheit.

Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger wollen einen Rückzug der deutschen Soldaten die Mehrheit des Bundestages verweigert das bislang.

Der Gründungsparteitag der LINKEN begrüßt die Pläne der Friedensbewegung für eine bundesweite Demonstration am 15. September 2007 in Berlin. Die Friedensbewegung will die Mehrheit des Bundestages mit dem Mehrheitswillen der Bevölkerung konfrontieren und fordert den Abzug aus Afghanistan.

DIE LINKE ruft alle Mitglieder, Freundinnen und Freunde auf, die bundesweite Demonstration der Friedensbewegung zu unterstützen und aktiv dafür zu mobilisieren.